

# republik

5 Euro Juli 2015

Das unabhängige Magazin für Führungskräfte im öffentlichen Bereich

MIT GESUNDHEITS-  
**SPECIAL**

## Wie sicher ist die Republik?

So funktioniert die Terrorabwehr in Österreich

INTERVIEW: **Johanna Mikl-Leitner** über Foreign Fighters und Datenschutz

**Von der „Bereitschaft, unpopuläre Entscheidungen zu treffen“**

Die Aufgaben- und Deregulierungskommission hat 245 Reformideen vorgelegt

**Für die Ewigkeit verwahrt**

Wie das Staatsarchiv die Datenflut bewältigt

Foto: Regina Hügl



BAUTRÄGER. MAKLER. VERWALTER.  
**WIR GEBEN  
WIEN EIN  
ZUHAUSE.**  
[WWW.IMMOBILIENCARD.AT](http://WWW.IMMOBILIENCARD.AT)

*Profis erkennt  
man an der ...*



Eine Initiative  
der gewerblichen  
Immobilienwirtschaft



**Stefan Grampelhuber**  
Chefredakteur

Jürg Christandl

## Zur Aura des Wortes „Reformdialog“

Das Wort „Reformdialog“ umgibt eine nicht sonderbare Aura. Schon im Jahr 2011 startete Gabriele Heinisch-Hosek, die damals zuständige Ministerin für den Öffentlichen Dienst, einen solchen. Sie ließ ein Jahr lang über eine eigene Web-Plattform Ideen zur Verwaltungsreform sammeln und hielt Dialogforen in den Bundesländern ab – unter reger Beteiligung vieler Beamte, die ihre Ideen dabei vorstellten. Im Herbst 2012 später wurde dann ein dürftiges Maßnahmen-Paket präsentiert: Verbesserungen der Online-Jobbörse des Bundes etwa oder ein zentrales Diversitätsmanagement für den Öffentlichen Dienst. Also keine sonderlich innovativen Ideen.

Vor wenigen Tagen, Ende Juni 2015, kam es erneut zu einem Reformdialog. Dieses Mal im Bundeskanzleramt. Neben Kanzler Faymann und Vizekanzler Mitterlehner fanden sich dort viele weitere Minister, die zuständige Staatssekretärin Sonja Steßl und Vertreter der Sozialpartnerschaft ein. Am Ende wurde mit Pauken und Trompeten verkündet, dass man sich auf 24 Reformmaßnahmen einigen konnte. So sollen etwa E-Government-Angebote ausgebaut und der viel gerühmte One-Stop-Shop umgesetzt werden. Und das soll's gewesen sein?

Ein Großteil dieser Reformmaßnahmen entstammt dem finalen Bericht der Aufgaben- und Deregulierungskommission (ADK), der ebenfalls kürzlich vorgelegt wurde. Auch diese Kommission arbeitete ein Jahr lang. Alle ADK-Mitglieder taten dies noch dazu ehrenamtlich. Sie überprüften in akribischer Kleinarbeit mehrere Hundert bestehende Vorschläge – vom Rechnungshof bis zum IHS – auf ihre praktische und politische Umsetzbarkeit. In besagtem Bericht sind nun 245 Vorschläge enthalten. An dieser Stelle sei die Frage erlaubt: Was passiert mit den restlichen 224 Reformideen, die nicht aufgrund des BKA-Reformdialogs umgesetzt werden?

REPUBLIK hat die beiden ADK-Vorsitzenden, Clemens Jabloner und Rudolf Thienel, zum Interview gebeten. Lesen Sie ab Seite 22, wie sich erfahrene Beamte eine Verwaltungsreform wirklich vorstellen.



Gudrun Haigermoser



Sandra Dudek



Andrea Krieger

Sandra Dudek hat sich in der aktuellen Schwerpunkt-Rubrik mit der Terror-Bedrohung für Österreich und der Maßnahmen-Planung der Innenministeriums beschäftigt. Außerdem hat sie Johanna Mikl-Leitner einen Besuch abgestattet, die ihr Details zur Bedrohungslage durch Foreign-Fighters in Österreich verraten hat. Wie viel Staatsdiener in Österreich tatsächlich verdienen und wie die Verteilung bei den einzelnen Berufsgruppen im Öffentlichen Dienst aussieht, hat Gudrun Haigermoser recherchiert. Und Andrea Krieger hat einen Nachmittag im Staatsarchiv verbracht und berichtet, mit welchen Tricks die Akten der Republik für die Ewigkeit verwahrt werden.

IMPRESSUM

MEDIENINHABER, VERLEGER

HERAUSGEBER, REDAKTION

Österreichischer Wirtschaftsverband GmbH

1120 Wien, Grünbergstraße 15/Stiege 1

T: (01) 546 64-0, F: (01) 546 64-711

www.wirtschaftsverlag.at

GESCHÄFTSFÜHRER

Thomas Zembacher

DVR-Nr.: 0368491

OBJEKTLEITER

Stefan Böck

T: (01) 546 64-380, E: s.boeck@wirtschaftsverlag.at

CHEFREDAKTEUR

Stefan Grampelhuber

T: (01) 546 64-389, E: s.grampelhuber@republik-online.at

CHEF VOM DIENST

Stephan Strzyzowski

T: (01) 546 64-381, E: s.strzyzowski@wirtschaftsverlag.at

WEITERE AUTOREN DIESER AUSGABE

Sandra Dudek, Gudrun Haigermoser, Andrea Krieger, Daniel Mayr

ANZEIGENVERKAUF

Nina Grünaier

T: (01) 546 64-282, E: n.gruenauer@wirtschaftsverlag.at

ANZEIGENSERVICE

Nina Hewson

T: (01) 546 64-484, E: n.hewson@wirtschaftsverlag.at

GRAFISCHES KONZEPT

Dirk Merbach

GRAFIK DESIGN

Simon Jappel

HERSTELLER

Friedrich VDV, Vereinigt Druckereien- und

Verlags-GmbH & CO KG, 4020 Linz

Zamenhoferstr. 43-45, www.friedrichvdv.com

ABOSERVICE

Aboservice Österr. Wirtschaftsverband

1110 Wien, Simmeringer Hauptstraße 24

T: +43/1/361 70 70-570, F: +43/1/361 70 70-9570

E: aboservice@wirtschaftsverlag.at

Jahresbezugspreis: Inland 42 Euro, Ausland 67 Euro

Aus Gründen der Textökonomie verzichten wir auf

geschlechtsspezifische Ausformulierung

und den Verweis auf (nicht)akademische Titel.

Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter

www.wirtschaftsverlag.at/offenlegung ständig abrufbar.

KURZMELDUNGEN



thinkstockphotos.de

Neues Dienstrecht

Die Dienstrechtsnovelle 2015 liegt vor. Die wichtigsten Neuerungen in aller Kürze: Die Novelle vermeidet Einkommenseinbußen für Beamte und Vertragsbedienstete durch die neue Gehaltseinstufung, mit der einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs über Altersdiskriminierung im Öffentlichen Dienst entsprochen wird. Außerdem wird ab nun der Zivildienst zur Gänze als Vordienstzeit angerechnet. Der „Papamonat“ wird in Zukunft „Babymonat“ heißen und auch gleichgeschlechtlichen Paaren und Adoptiveltern zugänglich sein. Demnach haben künftig auch Bedienstete, die in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft leben, einen Rechtsanspruch auf einen unbezahlten Karenzurlaub von maximal vier Wochen nach der Geburt.



Georg Hochmuth / APA / picturedesk.com

UGÖD im GÖD-Vorstand

Die Fraktion „Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter“ (FCG) mit Fritz Neugebauer und die Fraktion „Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen“ (FSG) mit Richard Holzer bekommen Konkurrenz. Auch die Unabhängigen Gewerkschafter (UGÖD), die bei der vorigen Wahl sieben Prozent erhielten, sind nun im Vorstand der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) vertreten. Reinhard Sellner (Bild) ist neuer Bereichsleiter Bildung. Seit 2012 kämpfen die UGÖD um einen Sitz im Vorstand. Bekommen haben sie ihn erst nach einem entsprechenden OGH-Urteil. Auch Beate Neunteufel-Zechner, Betriebsrätin der Nationalbibliothek und UGÖD-Vorsitzende, wurde in den GÖD-Frauenvorstand kooptiert.



thinkstockphotos.de

eGold für BMF und Stadt Wien

Sowohl das Finanzministerium (BMF) als auch die Stadt Wien brillierten bei der Preisverleihung des 15. eGovernment-Wettbewerbs am 24. Juni in Berlin. Die „Antragslose Familienbeihilfe“ des BMF erzielte in der Königsdisziplin „Bestes eGovernment-Projekt“ den ersten Platz. Ebenfalls Gold gab es für die „Digitale Agenda Wien“ – und zwar in der Kategorie „Richtungsweisendes Projekt zur Gestaltung der Modernen Verwaltung“. Der seit 2000 stattfindende eGovernment-Wettbewerb zeichnet jährlich innovative E-Government-Lösungen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz aus, die einen wichtigen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung leisten. Insgesamt gab es heuer 70 Einreichungen.



**06** Christian Pilnacek ist Leiter der BMJ-Strafrechtssektion.



**10** Coverstory: Österreichs Plan zur Terrorabwehr



**20** R. Thienel und C. Jabloner sprechen über die Verwaltungsreform.



**28** Wie das Staatsarchiv die Datenflut bewältigt.

## PERSÖNLICH

- 6 **Porträt des Monats: Christian Pilnacek**
- 8 **Aufsteigerin des Monats: Katharina Olbrich**
- 9 **Austria Abroad: Tamara Kerbl**

## SCHWERPUNKT

### TERRORABWEHR

- 10 **Auf Nummer sicher**  
Terror: Woher die Bedrohung wirklich kommt
- 16 **„Radikalisierung findet nicht im Stillen statt“**  
Johanna Mikl-Leitner über „Foreign Fighters“ in Österreich

## THEMA

- 20 **Von der „Bereitschaft, unpopuläre Dinge zu tun“**  
Die Aufgaben- und Deregulierungskommission hat ihre Arbeit abgeschlossen
- 22 **Wer verdient was?**  
Warum Österreichs Staatsdiener keine Gagenkaiser sind
- 24 **Innovationen als Heimspiel**  
Forum 4 Excellence

## REPORTAGE

- 28 **Für die Ewigkeit verwahrt**  
Das Staatsarchiv und sein gigantisches Datendepot

## SERVICE & INFO

- 30 **BKA Verwaltungspreis, BRZ White Paper, NNZ Magazin**
- 31 **Terminkalender**

## KARRIEREN

- 32 **Wer macht was**

## PRIVAT

- 34 **Klaus Albrecht Schröder**  
„Wollte Dirigent, Maler oder Pianist werden“

# Das Recht und die Schlagzeile

## PORTRÄT DES MONATS:

**CHRISTIAN PILNACEK** leitet seit fünf Jahren die einflussreiche Sektion IV im Palais Trautson. Jede Gesetzesänderung im Strafrecht wandert über den Tisch des ehemaligen Oberstaatsanwalts und ausgebildeten Richters.

Text Stefan Grampelhuber

Foto Simon Jappel

**D**ie Causa Alijew. FPÖ-Angriffe auf die Justiz nach Uwe Scheuchs Verurteilung. Oder die Festnahme und Freilassung des früheren KGB-Offiziers Michail Golowatow, die fast eine diplomatische Krise zwischen Österreich und den baltischen Staaten ausgelöst hätte. – Christian Pilnacek schlug schon oft die Morgenzeitung auf und wusste sofort, dass ihn bald ein Anruf aus der einen oder anderen Redaktion ereilen würde.

Besonders in Erinnerung ist dem Leiter der Strafrechtssektion im Justizministerium (BMJ) die Aufarbeitung der Vorwürfe gegen Rachat Alijew. Der Fall des früheren kasachischen Botschafters in Österreich sorgte jahrelang für Schlagzeilen. Zuletzt saß Alijew aufgrund einer Verwicklung in einen Doppelmord in Untersuchungshaft. Im Februar 2015 fand man den Schwiegersohn des kasachischen Langzeitdespoten Nasarbajew schließlich erhängt in seiner Zelle in der Justizanstalt Josefstadt. Die Anwälte beider Seiten

Besonders schätzt Christian Pilnacek Argumentationskraft und ein hohes Maß an Eigenständigkeit an seinen Mitarbeitern. „Allerdings sollte man seine Vorhaben nicht immer auf Biegen und Brechen umsetzen wollen und auch einmal verstehen, wenn man sich mit seinen Argumenten nicht durchsetzt“, so der Leiter der Strafrechtssektion.



» Wegen der engmaschigen Kontrolle sind sachlich ungerechtfertigte Weisungen so gut wie ausgeschlossen.

Christian Pilnacek

führten auch über die Medien heftige Auseinandersetzungen. Der oberste Strafrechtler des Landes sagt heute rückblickend: „Hier wurde gezielt von außen versucht, Justiz-Personal in Missgunst zu ziehen und Entscheidungen zu beeinflussen. Bei solchen Fällen braucht man eine dicke Haut.“

Pilnacek steht häufiger als andere hochrangige Beamte im Lichte der Öffentlichkeit. Gerade in den Chronikressorts, die gerne und viel über Strafrechtsfälle berichten, ist der Sektionschef ein gern gesehener Gast. „Die Öffentlichkeit legt mehr Wert als früher zu erfahren, warum welcher Fall wie entschieden wurde. Es geht auch darum, schlüssig zu erklären, weshalb manche Verfahren länger dauern als andere“, so der Vater dreier erwachsener Kinder. Erklären allein sei dennoch zu wenig, so Pilnacek weiter, man müsse zudem die Verfahrensdauer insgesamt verkürzen und kontinuierlich „gute Ergebnisse liefern“.

Auch wenn Medienarbeit wichtig ist, auf dem Schreibtisch des gebürtigen Wieners liegen viele weitere Projekte. Etwa das Strafrechtsänderungsgesetz: Knappe drei Wochen hatten Pilnacek und ein siebenköpfiges Team im Mai Zeit, die rund 200 Stellungnahmen mit teilweise mehr als 40 Seiten in eine Regierungsvorlage einzuarbeiten. Am 7. Juli, also kurz vor der Sommerpause des Parlaments, wurde das neue Gesetz vom Nationalrat beschlossen. Damit kommt es 40 Jahre nach Einführung des derzeit gültigen Strafrechtes zu einer umfassenden Reform. Außerdem stehen heuer noch Änderungen im Staatsanwaltschaftsrecht an. Weiters wartet eine EU-Richtlinie zum Opferschutz darauf, in nationales Recht gegossen zu werden. Eine Novelle des Hauptverfahrens und jene des Rechtsmittelverfahrens nennt Pilnacek als wichtigste Vorhaben im Jahr 2016.

1992, nach der Ernennung zum Richter, startete Christian Pilnaceks Karriere im BMJ. Nur ein kurzer Ausflug führte ihn 1998 an das Bezirksgericht Korneuburg, wo er als Vorsitzender einer Einzelrichter- und Schöffensabteilung fungierte. Nur ein Jahr später holte ihn der damalige Präsidentschef Otto Oberhammer zurück ins BMJ, um an der großen Strafrechtsreform mitzuwirken. Seit 2010 sitzt er nun im Chefsessel der Strafrechtssektion. Rund 50 Personen kümmern sich hier um die Legistik, aber auch um Einzelstrafsachen, internationale Rechtshilfe und das Gnadenrecht.

Ein wichtiges Detail ist kennzeichnend für die Arbeit des Spitzenbeamten: Seine Sektion ist auch für das berühmt-berüchtigte Weisungsrecht über die Staatsanwaltschaften zuständig, das in den vergangenen Jahren immer wieder für Diskussionstoff sorgte. Pilnacek sagt, dass er für andere Lösungen offen sei, aber die derzeitige Rechtslage für äußerst transparent halte. „Wegen der engmaschigen Kontrolle sind sachlich ungerechtfertigte Weisungen so gut wie ausgeschlossen. Das Risiko einer politischen Einflussnahme ist hier zu vernachlässigen“, so der verheiratete Jurist, der in seiner Freizeit gerne ins Grazer Schauspielhaus geht und Bücher von Michael Köhlmeier liest.

## Professional MBA Public Auditing

Dieses Programm bietet Ihnen eine optimale Vorbereitung auf jene Pflichten und Herausforderungen, die untrennbar mit der öffentlichen Finanzkontrolle verbunden sind.

Dauer: 18 Monate, berufsbegleitend  
Start: Oktober 2015

WU Executive Academy  
Wirtschaftsuniversität Wien  
pmba-pa@wu.ac.at+43-1-313 36-5820  
executiveacademy.at/pmba-pa



# Entwicklungshelferin für Elektroautos

**AUFSTEIGERIN DES MONATS: KATHARINA OLBRICH** will das Stromtanken erleichtern und leistet einen wichtigen Beitrag zur Zukunft der Mobilität.

Text: Andrea Krieger



Kristine Veit

» In Sachen Elektroautos sind Kooperationen derzeit wichtiger als Konkurrenz.

Katharina Olbrich, EVN

Jetzt kommt Bewegung rein. Mit Katharina Olbrich erhalten Österreichs Elektroautos eine starke Stimme. Seit Jänner fungiert die 33-Jährige als Generalsekretärin des neuen Berufsverbandes Elektromobilität Österreich (BEÖ), einem Netzwerk von elf nationalen Energieversorgern, die überwiegend unter öffentlichem Einfluss stehen. Im Hauptberuf Projektmanagerin für ebendieses Thema bei der EVN weiß die gebürtige Münchnerin: „Im derzeitigen Stadium sind Kooperationen wichtiger als Konkurrenz.“ Denn noch sind E-Autos kein Geschäft. Damit sich das ändert, soll statt der Insellösungen ein einheitlich funktionierendes Ladenetz entstehen. Und so setzt sich Olbrich immer wieder in den firmeneigenen E-Wagen und hält Meetings bei den elf BEO-Mitgliedern ab. „2020 sol-

len 200.000 PKW Strom tanken“, sagt sie. Bei derzeit 3.400 E-Autos und 13.000 Hybrid-Fahrzeugen in Österreich ist das ein ehrgeiziges Ziel.

Allerdings wirkt Olbrich sehr strukturiert. Während des Interviews blickt sie regelmäßig auf ihr Handy, wo sich ein beeindruckender virtueller Spickzettel befindet: ein Mind-Map-Programm in Form eines Baumdiagrammes. Auch die Coaching-Ausbildung macht sich für ihre neue Rolle gut. „Man lernt dadurch auf andere zuzugehen, empathischer zu kommunizieren“, sagt Olbrich, die „nicht der Managertyp ist. Das widerstrebt mir.“ Ihre „große Neugier“ sieht sie zwar eher als Schwäche. Wichtige Infos bekommt sie so aber eher.

Der Liebe wegen kam sie vor acht Jahren nach Wien. „Eine große Umstellung: Schließlich war auch das Berufsleben neu.“ Immerhin hatte sie mit ihrer Studienwahl – ein Mix aus Wirtschaft und Technik an der TU München, den sie in Mindestzeit absolvierte – in Österreich gute Karten. Bei der Niederösterreichischen Wirtschaftsagentur fing sie gleich als Projektmanagerin an. Ende 2012 landete sie schließlich bei der Energieversorgung NÖ AG (EVN) in Maria Enzersdorf.

Zur Arbeit fährt sie stets mit der Schnellbahn. Und statt auf Flug-Fernreise geht es per Zug in den Urlaub. Vor Ort testet sie das System an Öffis und Carsharing-Angeboten für E-Autos in anderen Ländern. In ihren vier Wänden stellt sie den Fuß gerne aufs Pedal ihrer Nähmaschine. Ohne jeden Perfektionswahn: „Ich kann das Ergebnis wirklich nicht immer in der Öffentlichkeit tragen“, sagt sie. Den Ehrgeiz hebt sie sich lieber für den Job auf.

## ZUR PERSON

### Katharina Olbrich, 33

#### 2003–2007

Studium Technologie- und Managementorientierte Betriebswirtschaftslehre in München

#### 2007–2009

Projektmanagerin bei einer Niederösterreichischen Wirtschaftsagentur in Sankt Pölten

#### 2010–2012

Beraterin bei der Technologieagentur der Stadt Wien

#### seit 2012

Projektmanagerin Elektromobilität EVN

#### seit 2015

Generalsekretärin im Berufsverband Elektromobilität Österreich (BEÖ)

republik

Das unabhängige Magazin für Führungskräfte im öffentlichen Bereich

Testen Sie republik ein Jahr für 20,-!

So einfach geht's:  
Senden Sie eine E-Mail mit Ihrer Postadresse an [aboservice@wirtschaftsverlag.at](mailto:aboservice@wirtschaftsverlag.at)



# Unsere Frau in Rumänien

**AUSTRIA ABROAD: TAMARA KERBL** ist der verlängerte Arm des österreichischen Innenministeriums in Rumänien.

Text: Andrea Krieger

**2**014 konnte die Exekutive mehrere größere Einbruchserien in Elektrofachmärkten klären. Dass die Handschellen für die rumänischen Banden klickten, ermöglichte nicht zuletzt Tamara Kerbl, Offiziersattaché bzw. Polizeibotschafterin in Bukarest. Sie ist eine von 22 Verbindungsbeamten, die vom Innenministerium (BMI) in Schwerpunktländer entsendet wurden. „Ich vermittele zwischen österreichischen und rumänischen Beamten“, sagt die 42-Jährige. Kommuniziert wird in der Landessprache, die Kerbl über ihren Ehemann, einen Rumänen, gelernt hat. Einbrüche sind ein großes Thema, ebenso Frauenhandel und Gewaltdelikte. „Die Kollegen arbeiten engagiert und professionell“, sagt sie über die Zusammenarbeit mit der rumänischen Polizei. Der Vorteil gegenüber Spanien, wo sie zwischen 2005 und 2010 bereits Verbindungsoffizierin war: Sie braucht sich nicht mit unterschiedlichen Polizeistrukturen herumschlagen, die sich manchmal überschneiden.

Wie lebt es sich in einem der ärmsten EU-Länder? „In den Dörfern herrschen bescheidene Verhältnisse, und die Infrastruktur ist schlecht.“ Umso positiver überrascht war sie von der Sicherheit. „Selbst in den großen Städten braucht man sich keine Sorgen machen, wenn man zu Fuß unterwegs ist“, sagt Kerbl, die heuer das zehnte Jahr im Ausland arbeitet.

In Spanien war sie 2005 die erste weibliche Verbindungsbeamtin Österreichs. Der Werdegang der zweifachen Mutter verrät: Die Oberösterreicherin hat viele Talente und lebt recht unkonventionell. 2003 etwa, da war sie nach der

Offiziersausbildung bereits leitende Beamtin in Wien-Margareten, ließ sie sich aus privaten Gründen krenzieren und arbeitete für zwei Jahre als Lehrerin in Spanien. Beeindruckend ist auch die große Anzahl an Weiterbildungen. Derzeit studiert sie nebenbei Jus. Das, ein Fulltime-Job und zwei Kinder muss man erst einmal unter einen Hut bekommen. Es funktioniert nur deswegen, weil Kerbls Mann, ein Polizeijurist, sich um den Sohn und die Adoptivtochter kümmert, kocht „und sich in seiner Rolle wohlfühlt“.

» Die Kollegen von der rumänischen Polizei arbeiten sehr professionell.



privat

Tamara Kerbl, BMI

## ZUR PERSON

**Tamara Kerbl, 42**

**1993–1998**

Sicherheitswachebeamtin in Wien 9

**1999–2000**

Dienstführende Beamtin Polizeiinspektion Wien 19

**2002–2003**

Leitende Beamtin in Wien 5

**2005–2010**

Verbindungsbeamtin Madrid

**seit Oktober 2010**

Verbindungsbeamtin Bukarest

–10% für LeserInnen der Republik – Code: WV2015

## 22. NPO-Kongress

Forum für NPOs und die öffentliche Verwaltung  
06. – 07. Oktober 2015, Schloß Schönbrunn, Wien

Was muss sich ändern?

Organisationen mutig gestalten und aktiv managen



Strategie und Innovation verbinden

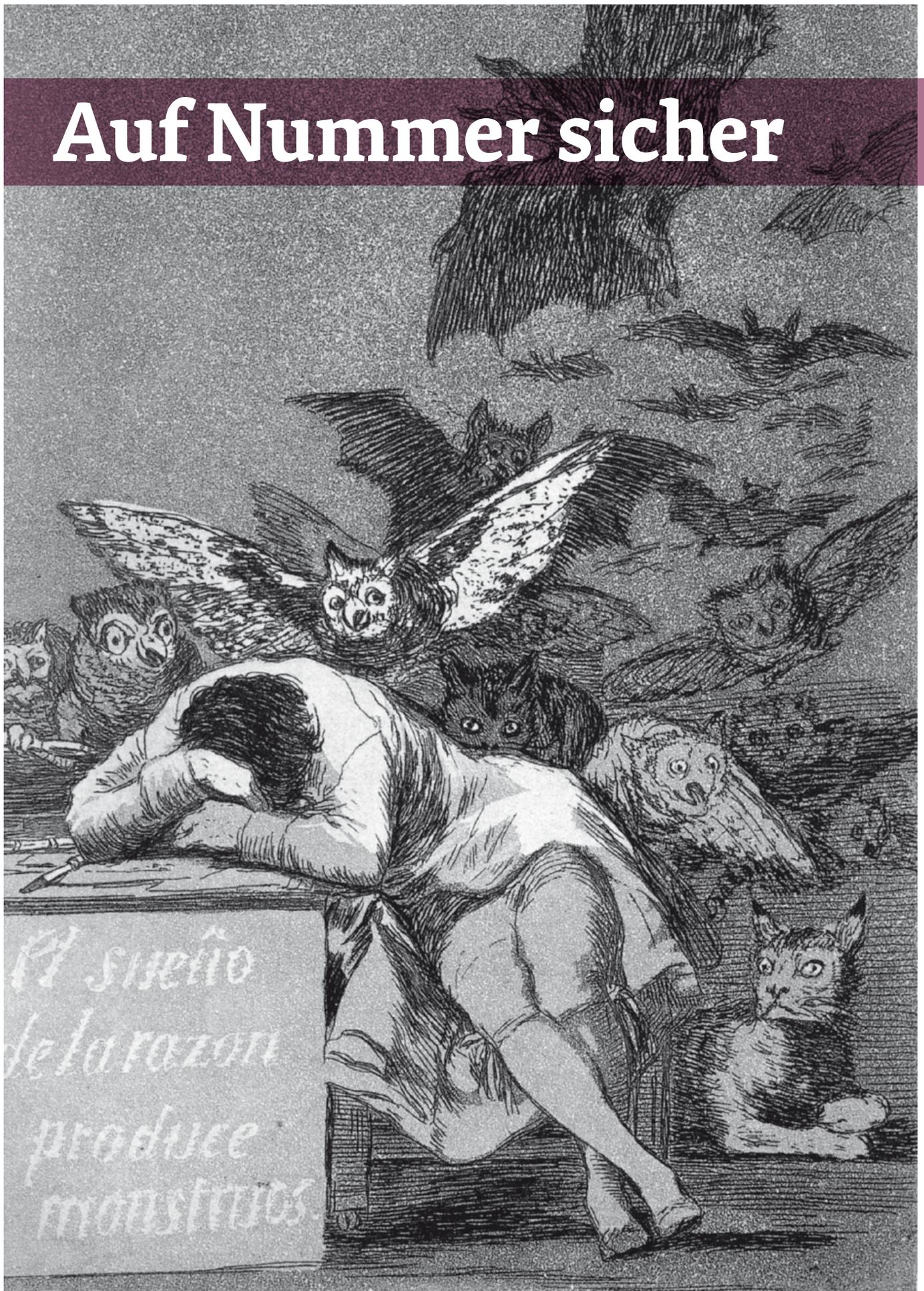
Organisationsformen neu denken

Führung und Steuerung weiterentwickeln

 Controller Institut

[www.npo-kongress.at](http://www.npo-kongress.at)

# Auf Nummer sicher





**TERRORABWEHR** In Europa setzen viele Menschen Terror mit Attacken von islamistischen Extremisten gleich. Die Realität sieht gänzlich anders aus. Woher Bedrohungen wirklich kommen und welche österreichischen Einrichtungen in Sachen Terror den Ton angeben, hat REPUBLIK im Gespräch mit Experten herausgefunden.

Text Sandra Dudek

**D**rei Meter ist das Seil lang, frei hängend baumelt es von der Decke, und es ist ziemlich glatt. Wer vor Nervosität schweißnasse Hände bekommt, hat keine Chance, bis nach ganz oben zu klettern. Aber auch für Bewerber mit stählernen Nerven ist der Test eine Hürde. Diejenigen, die sie nicht meistern, müssen ihre Sachen packen – und der Traum vom Cobra-Mitglied endet, noch bevor er begonnen hat. Die Auswahl für die Eliteeinheit der Polizei ist so rigoros wie ihr Einschreiten im Krisenfall. Bestens auf terroristische Attacken vorbereitet zu sein und alles zu unternehmen, damit es erst gar nicht dazu kommt, ist mit den Anschlägen in Paris Anfang des Jahres noch stärker in den Fokus des Bundesministeriums für Inneres (BMI) gerückt.

#### Um 290 Millionen sicherer

100 zusätzliche Spezialisten für Cybersicherheit und Kriminalitätsbekämpfung, mehr Personal für den Schutz von Personen und Objekten, eine Verbesserung der IT-Technik, neue Maßnahmen für Prävention und Deradikalisierung und eine bessere Nutzung bestehender Synergien zwischen BMI und Bundesheer – das und noch mehr gehört zum Sicherheitspaket, das im Jänner 2015 geschnürt wurde. Zusätzliche knapp 290 Millionen Euro investiert das BMI zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit. Anlass waren die Terroranschläge in Paris. Die Maßnahmen beschränken sich freilich nicht nur auf potenzielle Anschläge muslimischer Extremisten.

„Im Bereich der Sicherheit gibt es unterschiedliche Felder abzudecken: einerseits in der realen, andererseits in der virtuellen Welt“, sagt

Konrad Kogler, Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit im BMI. Insbesondere ist in den letzten Jahren die organisierte Kriminalität immer mehr in den Fokus des BMI gerückt. Ebenso das Internet, mit dem neben der Bequemlichkeit auch eine gewisse Gefahr einhergeht. „Beides aber erleben die Menschen nicht als derartige Bedrohung, Anschläge von Terroristen schon“, so Kogler.

#### Terrorismus ist nicht gleich Terrorismus

Heute steht „Terrorismus“ fast gleichbedeutend für Attacken von Islamisten. Nicht zuletzt die Medien haben ihr Scherflein dazu beigetragen, indem sie religiös motivierten Gewalttaten viel Platz in Wort und Bild einräumen. „Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich nur auf eine Tätergruppe. Seit 2001 fürchten wir uns vor islamistischen Terroristen“, meint Jochen Hippler. Der Politikwissenschaftler und Friedensforscher am Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen wünscht sich daher eine genauere Differenzierung. Denn nicht einmal ein Prozent aller Anschläge, die von 2007 bis 2013 in der EU versucht oder tatsächlich verübt wurden, sind auf Islamisten zurückzuführen. Zu Tode kamen dabei insgesamt zwölf Personen – das sind zehn Prozent aller Todesfälle durch Terrorismus in sieben Jahren. So steht es in den TE-SAT-Berichten der Europäischen Polizeibehörde Europol, die neben dem religiös motivierten Terrorismus noch weitere vier Kategorien für terroristische Gewalt vorsehen.

An erster Stelle stehen ethno-nationalistische und separatistische Bewegungen wie etwa die korsische FLNC oder die baskische ETA. Mehr »



E. Weißheimer

» Österreich gehört zu den glücklichen Ländern, die keinen „eigenen“ Terrorismus haben.

Peter Gridling, BVT

Wenn die Vernunft schläft, verwandelt sich alles in monströse Visionen – so lautet eine Interpretation des Bildes „Der Schlaf der Vernunft gebiert Ungeheuer“ von Francisco de Goya von 1799. Heute scheint diese Warnung angesichts diffuser Terrorängste der Bevölkerung aktueller denn je.



Jochen Hippler

» Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich nur auf eine Tätergruppe.

Jochen Hippler, Uni Duisburg-Essen

**ÖSTERREICHER FÜHLEN SICH BEDROHTER (ANGABEN IN PROZENT)**

Österreicher scheinen ängstlicher zu sein als Bürger in anderen EU-Ländern. Das zeigt zumindest die jüngste Eurobarometer-Umfrage zu Sicherheitsthemen. In allen abgefragten Bereichen erwarten österreichische Bürger eher, dass die Bedrohung steigen könnte. Besonders hoch ist die Angst vor Terrorismus, Internet- und organisierter Kriminalität.

Quelle: Europäische Kommission, Eurobarometer: „Die Einstellungen der Europäer zum Thema Sicherheit“ (März 2015); Frage: „Würden Sie sagen, dass die folgenden Herausforderungen für die innere Sicherheit der EU in den folgenden drei Jahren eher zunehmen werden?“; es wurden 1.009 Österreicher und insgesamt 28.082 EU-Bürger befragt.

	EU-Schnitt	Österreich
Terrorismus (einschließlich des Phänomens der „ausländischen Kämpfer“)	68 %	79 %
Computer-/Internetkriminalität	63 %	81 %
Organisierte Kriminalität	55 %	79 %
Verwaltung der EU-Außengrenzen	47 %	55 %
Katastrophen natürlichen oder menschlichen Ursprungs	47 %	58 %

**ANZAHL TERRORISTISCHER ATTACKEN IM JAHR 2013 IN EUROPA**

Die überwiegende Anzahl terroristischer Akte im Jahr 2013 ging auf das Konto separatistischer Bewegungen wie der baskischen ETA. Kein einziges EU-Mitgliedsland berichtete in diesem Jahr von Attacken von religiös motivierten Terroristen (z. B. von islamistischen Gruppen) oder aus dem rechtsradikalen Milieu.

Quelle: European Police Office: „European Union Terrorism Situation and Trend Report 2014“, S. 46

Anzahl der Terroristischen Aktionen	Prozent	Absolut
Linksextremer Terrorismus	16 %	24
Separatisten	55 %	84
Nicht genauer definierte Gruppen	29 %	44



BMLVS

» Heute kommen Gegner häufig durch die Steckdose.

Karl Schmideder, BMLVS

als die Hälfte der 152 Anschläge im Jahr 2013 ging auf deren Konto (s. Grafik 2). Gut 15 Prozent verübten linke und anarchistische Gruppen in Griechenland, Spanien und Italien. Ein Viertel wurde nicht näher spezifiziert. Die EU-Mitgliedstaaten meldeten keine Attacken, die explizit dem religiös motivierten oder dem rechtsextremen Terrorismus zugeordnet werden können. Allerdings stehe „hinter einer Serie von Terroranschlägen in Großbritannien eine rechtsradikale Ideologie“, heißt es im TE-SAT-Bericht 2014. „In manchen Ländern Europas werden Rechtsradikale nicht ernst genug genommen“, sagt Hippler. Meist würde es sich um Männer mit einer begrenzten Lebensperspektive handeln, die Gewalt verherrlichen, einem Männlichkeitswahn anhängen und Elite sein wollen. „Die Ausdrucksform des Widerstandes wird kulturell angepasst“, meint er.

In die fünfte und letzte Kategorie fällt der an ein bestimmtes Thema gebundene Terrorismus, der sogenannte „Single-issue Terrorism“. Dazu gehören etwa gewalttätige Umweltschützer und Tierrechtsverteidiger. Die Anschläge dieser extremistischen Gruppen sind seit 2007 kontinuierlich rückläufig, 2013 gab es gar keine.

**Importierte Bedrohung**

„Österreich gehört zu den glücklichen Ländern, die keinen ‚eigenen‘ Terrorismus haben, wie das etwa in Spanien mit der baskischen Untergrundorganisation ETA der Fall ist. Die Bedrohung geht also nicht auf innerösterreichische Konflikte zurück, sondern ist etwas Importiertes. Allerdings gibt es bei uns, wie in vielen anderen Ländern auch, eine latente Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus“, sagt Peter Gridling,

Direktor des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) und damit Leiter der obersten Staatsschutzbehörde im BMI.

Was tatsächlich in Österreich zum Problem werden könnte, sind die so genannten „Foreign Fighter“. Das lässt sich zumindest aus dem jüngsten Verfassungsschutzbericht ablesen, der am 3. Juli im BMI vorgestellt wurde. Rund 220 diese Extremisten aus Österreich sind bisher nach Syrien oder in den Irak gegangen, um für den „Islamischen Staat“ zu kämpfen. Etwa 70 sind zurückgekehrt (vgl. Interview mit Ministerin Mikl-Leitner ab S. 16). Zum Vergleich: Deutschland verzeichnet rund 650 Dschihadisten und mehr als 210 Rückkehrer. Häufig versuchen diese, weitere Anhänger zu rekrutieren, so auch in Österreich. „Wir machen seit Jahren darauf aufmerksam, dass das radikalisierte Umfeld im Wachsen ist“, sagt Gridling. Im November vergangenen Jahres hat das BVT in Kooperation mit der Cobra in mehreren Bundesländern eine Aktion gegen organisierte islamistische Salafisten durchgeführt. Mehrere Personen standen unter dem dringenden Verdacht, junge Muslime zu radikalisieren, sie für die Teilnahme an terroristischen Kampfhandlungen in Syrien anzuwerben und in das Kriegsgebiet entsenden zu wollen. Es wurden einige Verhaftungen vorgenommen. „Das hat kurzfristig dazu geführt, dass radikalisierte Islamisten ein bisschen leisergetreten sind“, meint er.

Durch die Nähe zu den Westbalkan-Staaten sind für Österreich weitere Probleme verbunden. Gridling nennt Waffenhandel, Sprengstoffe, Kriminalität und Schmuggelrouten. Es leben hierzulande viele Bürger, die aus der Region stammen. Und die Reisebewegung beschränkt sich nicht nur auf redliche Menschen. „Wir müssen wissen, welche Personen in Verdacht stehen, an strafbaren Handlungen beteiligt zu sein. Deswegen sind wir mit den Sicherheitsbehörden der Nachbarländer gut vernetzt. Bei den EU-Konferenzen sind auch die Justiz- und die Innenminister aus diesen Ländern anwesend“, so Gridling.

### Gefühlte Sicherheit

Geht es nach der persönlichen Wahrnehmung, fühlen sich die Österreicher wesentlich sicherer als ihre europäischen Nachbarn. Laut einem aktuellen Eurobarometer ist jeder zweite Einwohner überzeugt, dass Österreich ein sicherer Ort zum Leben sei. Rein statistisch gesehen ist dem auch so: Von den 2013 geplanten oder verübten Terrorattacken waren „nur“ fünf EU-Länder betroffen. Laut Europol liegt Frankreich mit 63 Anschlägen an erster Stelle, gefolgt von Großbritannien und Spanien mit jeweils über 30, Griechenland mit 14 und Italien mit sieben. In Österreich wurden 2013 insgesamt drei Personen festgenommen, zwei werden des lin-

ken, eine des religiös motivierten Terrorismus verdächtigt.

Damit Sicherheit nicht nur ein Gefühl bleibt, gibt es mehrere Strategien, die auch die Zuständigkeitsbereiche in der Öffentlichen Verwaltung abdecken. Hierarchisch gesehen stehen die „Österreichische Sicherheitsstrategie“ mit einer Gültigkeit von zehn Jahren und die „Österreichische Strategie für Cyber-Sicherheit“ ganz oben. Beide wurden 2013 vom Nationalrat beschlossen und betreffen alle Ministerien. „Aus der ‚Österreichischen Sicherheitsstrategie‘ leitet sich die Teilstrategie INNEN.SICHER ab, in der die Aufgaben und Projekte für die Mitarbeiter des BMI definiert sind. Diese Strategien müssen wir für unsere Planung beim BVT berücksichtigen“, sagt Gridling.

Mit dem 2001 gegründeten Nationalen Sicherheitsrat erfolgt die institutionalisierte Vernetzung zwischen Politik und Verwaltung. Das organisatorisch im Bundeskanzleramt (BKA) angesiedelte Beratungsgremium der Bundesregierung setzt sich aus stimmberechtigten Mitgliedern der Politik und beratenden Mitgliedern der Beamtenschaft, etwa aus der Präsidentschaftskanzlei, der Landeshauptleutekonferenz und dem Generaldirektor für die Öffentliche Sicherheit zusammen.

»

POSTGRADUATE  
CENTER65 JAHRE  
universität  
wien

BILDUNG & SOZIALES	GESUNDHEIT & NATURWISSENSCHAFTEN	INTERNATIONALES & WIRTSCHAFT	KOMMUNIKATION & MEDIEN	RECHT
--------------------	----------------------------------	------------------------------	------------------------	-------

Wer aufhört, besser werden zu wollen, hört auf, gut zu sein.

MARIE VON EBNER-ESCHENBACH

WEITERBILDEN AN DER UNIVERSITÄT WIEN

- rund 50 Masterprogramme, Universitätslehrgänge und Zertifikatskurse
- mehr als 3.000 Weiterbildungsstudierende
- über 550 Vortragende aus Wissenschaft und Praxis
- Lifelong Learning Projekte

[www.postgraduatecenter.at](http://www.postgraduatecenter.at)



BMI 2014

» *Kriminalität und staatschutzrelevante Phänomene entwickeln sich nicht nur landesintern.*

Konrad Kogler, BMI

### Risikofaktoren

Naturgemäß komme laut Kogler dem BMI beim Thema Sicherheit eine führende Rolle zu. „Allerdings funktioniert das nicht so, dass einer sagt, wo es langgeht und alle haben dem zu folgen“, sagt er und vergleicht die Kompetenz des BMI mit jener eines Arztes: Dieser sei auch nicht verantwortlich für die Gesundheit seiner Patienten, aber er könne Ratschläge erteilen, wie man sich verhalten soll, um Risikofaktoren einzuschränken. „Im Krankheitsfall ist der Arzt ein kompetenter Ansprechpartner. In der Sicherheit können wir mit unserer Expertise Menschen unterstützen, einen Beitrag im präventiven Bereich leisten und eingreifen, wenn etwas passiert“, so Kogler.

### WISSEN

#### Der Gesetzesentwurf zum Staatsschutz

Der Entwurf des neuen polizeilichen Staatsschutzgesetzes sieht vor, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) und die Landesämter erweiterte Kompetenzen erhalten. Darunter fallen z. B. eine erweiterte Gefahrenerforschung und die Analyse von staatschutzrelevanten Bedrohungen zur Information verfassungsmäßiger Einrichtungen. Daten über Verdächtige sollen statt neun Monate zwei Jahre lang gespeichert werden können, bei Zustimmung des Rechtsschutzbeauftragten bis zu sechs Jahre. Weiters erhält das BVT durch das neue Gesetz die Möglichkeit, Vertrauenspersonen in Organisationen einzuschleusen, und kann so Infos über verdächtige Personen erhalten.

Der Gesetzesentwurf wird von Juristen und NGOs kritisiert. Zu den Hauptkritikpunkten zählen unklare Rechtsbegriffe, die zu viel Interpretationsspielraum zulassen oder zu weit gefasste Kompetenzen für den Verfassungsschutz wie etwa die Observierung von Bürgern ohne richterlichen Beschluss. Umstritten ist auch die Kompetenzübertragung im Falle der Gefahrenerforschung von der Polizei auf den Verfassungsschutz, der Einsatz von Vertrauenspersonen und die Verwendung von frei verfügbarem Bildmaterial.

Nach dem Ende der Begutachtungsfrist am 12. Mai 2015 erhielt das BMI die Vorlage zur Überarbeitung. Bis zur Sommerpause konnte man sich noch nicht auf eine Regierungsvorlage einigen. Eine Abstimmung im Parlament soll im Herbst erfolgen.

Der Kernbereich der Gewährleistung und Wiederherstellung von Sicherheit gehört der Polizei, aber viele Fälle verlangen einen gesamtgesellschaftlichen Ansatz. Daher gibt es eine enge Zusammenarbeit mit anderen Ministerien. Naturgemäß erfolgt diese insbesondere mit dem Verteidigungsministerium, mit Einrichtung der „Beratungsstelle Extremismus“ im Bundesministerium für Familie und Jugend (BMFJ) nun auch verstärkt mit diesem Ressort. An die dort eingerichtete „Beratungsstelle Extremismus“ kann man sich im Verdachtsfall von Radikalisierung eines Freundes oder Angehörigen wenden. Präventivmaßnahmen sind damit früher und gezielter möglich. Außerdem gibt es eine intensive Zusammenarbeit mit den Schulen und der Wirtschaft. „Unter dem Kuratorium Sicheres Österreich knüpfen wir seit mehreren Jahren ein Netzwerk zur Stärkung der Infrastruktur mittelgroßer Unternehmen, um sie so vor Cyberangriffen zu schützen“, sagt Kogler.

Gerade im virtuellen Bereich gibt es eine Vielfalt an Bedrohungen und damit auch eine breite Kompetenzverteilung: Das „Cyber Crime Competence Center“ (C4) ist im BKA angesiedelt und dient als nationale Koordinierungs- und Meldestelle zur Bekämpfung der Cyberkriminalität. Dazu gehören alle Formen der Onlinekriminalität, wie der Internetbetrug mit fremden Kreditkartendaten oder die Erpressung von Personen durch Hochladen ihrer privaten Videos. Für die Cybersecurity, also den Schutz vor zivilen virtuellen Angriffen auf den Staat oder auf Inhaber kritischer Infrastruktur, wie etwa Elektrizitätswerke, ist das BVT mit dem Cyber Security Center zuständig. Für den Cyberkrieg, also im Falle militärischer Angriffe, liegen die Kompetenzen beim Cyber Defence Zentrum des Verteidigungsressorts.

#### Täglich Cyberattacken

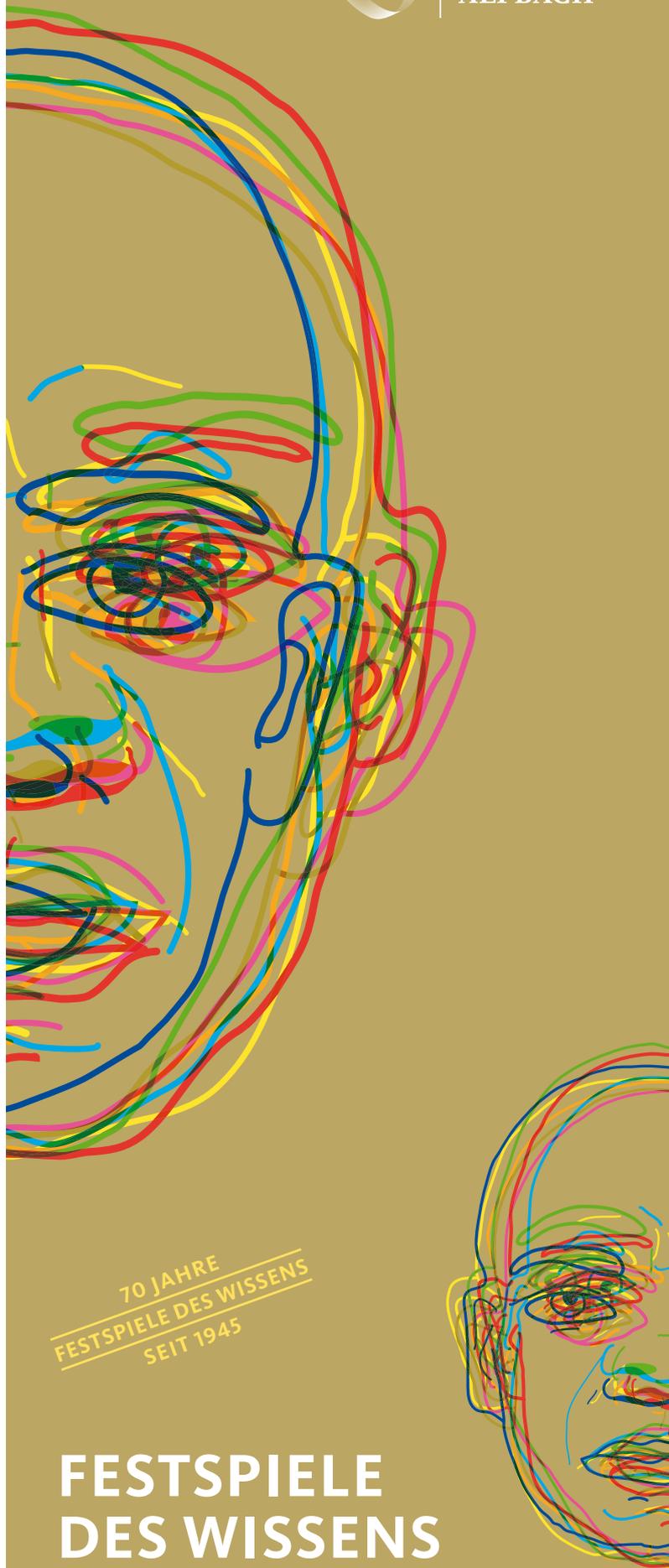
„Es gibt immer mehr Gegner, die nicht in Uniform über die Grenze kommen und die man schon vorher einschätzen kann. Heute kommen sie häufig durch die Steckdose oder sind schon im Land, nur erkennt man sie im täglichen Leben nicht, wie etwa Schläfer“, so Karl Schmideder, Leiter der Sektion Einsatz im BMLVS. Diese sogenannten „subkonventionellen Bedrohungen“ sind latent vorhanden. Cyberattacken gebe es täglich. Man müsse mit dem Einsatz ziviler Luftfahrzeuge als Waffe rechnen, mit Drohnen, die Aufklärungstätigkeiten durchführen, aber auch eine ‚dirty bomb‘ transportieren können, meint er. Schmutzige Bomben sind besonders heimtückisch, da es sich um konventionellen Sprengstoff mit nuklearem Material handelt. „Man muss



unheimlich gute Sensoren haben“, sagt Schmideder. Daher gibt es zur Abstimmung einen regelmäßigen, persönlichen Austausch zwischen den Verantwortlichen auf höchster Führungsebene.

Traditionell unterstützt das BMLVS das BMI mit Assistenzleistungen, insbesondere mit Hubschraubern, Spürtrupps, Experten für chemische Kampfstoffe und mit Sanitätspersonal. Auch die Bereitstellung von Unterkunft, Verpflegung und Transport für die Exekutive gehört zu den Assistenzleistungen. Aktuell war dies beim G7-Gipfel in Bayern Anfang Juni der Fall: Rund 900 Soldaten und Zivilangestellte waren auf österreichischer Seite bei der Luftraumsicherungsoperation im Einsatz. Die Luftraumüberwachung fällt in die Verantwortung des BMLVS, wiederum in Abstimmung mit dem BMI. „Wir unterstützen uns gegenseitig, auch in der Ausbildung. Die Cobra und das Jagdkommando absolvieren jene Teile ihrer Ausbildung gemeinsam, die sich überschneiden. Wenn möglich nutzen sie dasselbe Gerät, das wir dann nicht zweimal beschaffen müssen“, so Schmideder. Im Inland kann das Jagdkommando entweder im Rahmen einer sogenannten sicherheitspolizeilichen Assistenz etwa der Cobra oder selbstständig im Rahmen der militärischen Landesverteidigung zum Einsatz kommen.

Militärische wie polizeiliche Dienste sollen weiterhin parallel bestehen. Für den Kampf gegen Dschihadisten, Terroristen und auch virtuelle Angreifer soll das BVT nun spezielle Befugnisse erhalten, insbesondere im Rahmen der Gefahrenabwehr. Dafür soll das neue polizeiliche Staatsschutzgesetz erlassen werden. Derzeit ist es in Begutachtung. Trotz aller Kritik von außen ist intern das gemeinsame Ziehen an einem Strang die Devise (Details: s. Kasten). „Es gibt keine Kompetenzstreitigkeiten. Wir haben den Prozess völlig transparent gestaltet und die Gesetzesvorlage von Beginn an in enger Abstimmung mit dem Heeresnachrichtenamt konzipiert. Kriminalität und staatsschutzrelevante Phänomene entwickeln sich nicht nur landesintern“, sagt Kogler. Die Bedrohungen wirken auch vom Ausland nach Österreich, egal ob es um einen Hackerangriff oder Attacken religiös motivierter Extremisten geht. Die Auslandsaufklärung übernimmt das HNA, die Ermittlungen und den Einsatz im Inland österreichische Sicherheitsbehörden. „Mit dem neuen, modernen Staatsschutzgesetz können wir den besten Schutz für die Menschen in Österreich gewährleisten“, meint er.



70 JAHRE  
FESTSPIELE DES WISSENS  
SEIT 1945

## FESTSPIELE DES WISSENS

Europäisches Forum Alpbach  
#UnGleichheit | 19.8. – 4.9.2015  
Jetzt anmelden: [www.alpbach.org](http://www.alpbach.org)

# „Radikalisierung findet nicht im Stillen statt“

**TERRORABWEHR** Nach den Anschlägen in Paris stellt sich auch in Österreich die Frage: Wie sicher ist das Land? Im Interview mit REPUBLIK spricht Innenministerin Johanna Mikl-Leitner über die Rolle des Westbalkans beim Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und Kompetenzänderungen im Datenschutz.

Interview **Sandra Dudek**  
Foto **Regina Hügli**

## Wie sicher fühlen Sie sich als Privatperson in Österreich?

Sehr sicher. Der Global Peace Index, der einmal jährlich die Friedfertigkeit von Nationen ermittelt, listet Österreich auf Platz drei. Mit derartigen Werten können wir uns sicher fühlen.

## Wie groß ist aktuell die Bedrohung durch den „Home-grown“-Terrorismus?

Hier müssen wir leider von einer erhöht abstrakten Gefährdungslage ausgehen. In Österreich gibt es derzeit rund 220 „Foreign Fighters“. Davon sind rund 70 zurückgekehrt und vermutlich knapp 40 im Kampf oder in den Krisenregionen verstorben. Im Vergleich zu anderen Mitgliedsstaaten ist das eine hohe Anzahl.

## Warum ist das so?

Es gibt Verbindungen zwischen Extremisten am Balkan und jenen in Österreich. Auch führt

die Hauptroute der Extremisten über den Westbalkan nach Syrien. Deshalb müssen wir dieses Gebiet beobachten. Der Verfassungsschutz ist hier besonders gefordert. Rückkehrer aus Kriegsgebieten stehen dabei im Fokus, da sie aufgrund der gesammelten Erfahrungen tickende Zeitbomben sein können. Wir setzen daher auf eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Westbalkanstaaten, etwa durch bilaterale Polizeiabkommen im Rahmen des „Forum Salzburgs“, einer von Österreich initiierten Sicherheitspartnerschaft mit mittel- und südeuropäischen Ländern. Ziel ist es auch, gemeinsam mit Europol eine engere Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismusbekämpfung zu forcieren.

## Was passiert mit den Rückkehrern?

Bei jedem Rückkehrer wird Anzeige wegen Mitgliedschaft und Beteiligung an einer terroristischen Organisation bei der Staatsanwaltschaft

Vorbeugen und auf Zeichen achten: Bei der Terrorabwehr misst Innenministerin Johanna Mikl-Leitner der Prävention große Bedeutung zu. „Radikalisierung findet nicht im Stillen statt, es gibt immer wieder Signale. Entscheidend ist, dass man damit richtig umgeht“, so die Innenministerin im Gespräch mit REPUBLIK.



» Es gibt Verbindungen zwischen Extremisten am Balkan und jenen in Österreich.

erstattet. Im Falle einer Haftstrafe müssen sie in den Justizanstalten begleitet werden.

**Was kann man unternehmen, damit die Rückkehrer nicht andere Jugendliche radikalieren?**

Ganz wesentlich ist die Prävention, sie ist eine gesamtstaatliche Aufgabe. Wichtig war uns die Schaffung einer „Beratungsstelle Extremismus“ im Familienministerium. Sie soll für Familien und Freunde eine erste Anlaufstelle sein, wenn sie merken, dass sich jemand radikalisiert. Radikalisierung findet nicht im Stillen statt, es gibt immer wieder Signale. Entscheidend ist, dass man mit den Signalen richtig umgeht.

**Können Maßnahmen wie die von Europol geplante Meldestelle zur Entfernung islamistischer Inhalte aus dem Internet tatsächlich zu einer Deradikalisierung beitragen?**

Ich halte das für ganz wichtig, weil die Terroristen moderne Medien nutzen, und wir wissen, dass die meisten über das Internet radikalisiert werden. Darum haben wir eine eigene Meldestelle bei uns im Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) installiert, für die wir eng mit Google und Youtube zusammenarbeiten, um Videos mit radikalen Inhalten schneller vom Netz zu bekommen.

**Im Zuge der Sicherheitsoffensive ist von 100 zusätzlichen Spezialisten die Rede. Sind diese schon im Einsatz?**

Im BVT und in den Landesämtern für Verfassungsschutz sowie im Bereich des Cyber Crime Competence Centers C4 werden interne Mitarbeiter speziell in diesem Bereich geschult. Aber es ist auch notwendig, verstärkt externe Spezialisten mit interkulturellen Kenntnissen anzuwerben.

**Soll auch das Cobra-Team aufgestockt werden?**

Die Eliteeinheit bleibt zahlenmäßig wie bisher. Wir brauchen aber mehr Spezialisten für die Bereiche Terrorbekämpfung und Cyberkriminalität. Dafür haben wir beim Bundeskriminalamt das C4 installiert und im Verfassungsschutz eine Abteilung für den Schutz kritischer Infrastruk-

tur eingerichtet. Jetzt sind wir dabei, eine Cybersicherheitsplattform einzurichten, um Lagebilder erstellen und Gefahren rechtzeitig abwenden zu können.

**Welche zusätzlichen Kosten fallen für die Sicherheitsstrategie an?**

Die Bundesregierung hat im Jänner eine Sicherheitsoffensive in der Höhe von 288 Millionen Euro beschlossen. Die Summe wurde auf die Jahre 2015 bis 2018 aufgeteilt. Das Innenministerium erhält also viermal 72 Millionen Euro. Damit können wir wichtige Beschaffungen für die Terrorismusbekämpfung tätigen und die 100 Spezialisten sowie die Prävention in diesem Bereich finanzieren.

**Der digitale Binnenmarkt soll vom asiatischen und amerikanischen Raum unabhängiger werden. Wie wollen Sie dieses Ziel erreichen?**

Mit der NIS-Richtlinie (Network Information Security Directive), die im Herbst beschlossen werden soll, sollen Sicherheitstools entwickelt werden. Das ist der erste Schritt in Richtung eines funktionierenden Binnenmarktes in Europa mit stabilen Standards für die Datensicherheit.

**Welche verwaltungsinternen Änderungen bringt die geplante Novelle des Staatsschutzgesetzes mit sich?**

Die Staatsschutzkompetenzen werden dann auf einen kleinen Kreis von Personen eingeschränkt. Derzeit verfügen alle 28.000 Polizisten über die gleichen Kompetenzen – egal, ob sie im Verkehrsdienst, im kriminalpolizeilichen Bereich oder im Verfassungsschutz eingesetzt sind. Mit dem Gesetz wird es klar festgelegte Befugnisse für die Staatsschützer geben.

**Wer soll sie kontrollieren?**

Wenn es mehr Befugnisse gibt, muss es auch mehr Kontrolle geben: durch den Rechtsschutzbeauftragten, die Datenschutzbehörde, den Bundesverwaltungsgerichtshof und natürlich durch das Parlament. Alle Befugnisse des Staatsschutzes unterliegen der Genehmigung des Rechts-

**ZUR PERSON**

**Johanna Mikl-Leitner**

geboren am 9. Februar 1964 in Hollabrunn

**1989–1990**

Lehrerin an der Handelsakademie in Laa an der Thaya

**1995–2003**

Marketingleiterin und anschließend Landesgeschäftsführerin der Volkspartei Niederösterreich

**1999–2003**

ÖVP-Abgeordnete zum Nationalrat

**2003–2011**

Landesrätin für Soziales, EU-Regionalpolitik, Arbeit und Familie in Niederösterreich

**2008–2011**

Stv. ÖVP-Bundesparteiobfrau

**Seit 2011**

Bundesobfrau des Österreichischen Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbundes (ÖAAB) und Bundesministerin für Inneres

» Mit dem Gesetz wird es klar festgelegte Befugnisse für die Staatsschützer geben.

schutzbeauftragten. Dieser ist unabhängig und weisungsfrei. Nach Vorschlag der Bundesregierung muss er sich Hearings der Präsidenten vom Verfassungs- und Verwaltungsgerichtshofs sowie der Nationalratspräsidentin stellen. Danach wird er vom Bundespräsidenten bestellt. Kein Richter muss sich so einer Qualifizierung unterziehen. Das ist eines der höchsten Bestellungsverfahren der Republik.

**Kann die Vorratsdatenspeicherung tatsächlich bei Ermittlungen in Terrorismusfällen helfen?**

Mir geht es ausschließlich um die Sicherheit der Bevölkerung. Wenn Experten des Innen- und des Justizministeriums sagen, sie brauchen die Vorratsdatenspeicherung, um besser ermitteln zu können, dann ist es meine Aufgabe, die Diskussion über eine neue Richtlinie anzustoßen. Wie wir am Beispiel Deutschland sehen, ist eine vernünftige politische Einigung trotz anfänglich unterschiedlicher Ansichten möglich. Es geht hierbei ja darum, ein gemeinsames sicherheitspolitisches Bekenntnis zum Schutz der Menschen in Österreich zu fassen.



  
 ★★★ SUPERIOR  
**LARIMAR**  
 HOTEL • THERME • SPA  
 STEGERSBACH

# JETZT MEHR WELLNESS

An einem Ort voller positiver Energie, am Sonnenhügel von Stegersbach im Südburgenland, befindet sich das Hotel & Spa Larimar mit seinem erstklassigen Wellness-Erlebnis und dem Luxus von 2 Thermen. Jetzt erwarten Sie noch mehr Bade-, Sauna- und Ruheangebote für Ihre persönliche „Auszeit de luxe“.



# Von der „Bereitschaft, unpopuläre Dinge zu tun“

**VERWALTUNGSREFORM** Die Tätigkeit der Aufgaben- und Deregulierungskommission (ADK) ist beendet. Nach einem Jahr Arbeit liegen 245 Reformvorschläge auf dem Tisch. REPUBLIK bat Clemens Jabloner und Rudolf Thienel, die beiden ADK-Vorsitzenden, zum Hintergrundgespräch.

Interview **Stefan Grampelhuber**  
Fotos **Simon Jappel**



Clemens Jabloner (li.) und Rudolf Thienel haben ein Jahr lang gemeinsam mit zwölf weiteren Personen 2.800 bestehende Reformvorschläge von IHS und Rechnungshof über die einzelnen Ministerien bis hin zu Interessenvertretungen wie der WK überprüft.

## **Wurden vorab konkrete Ziele für die Kommissionsarbeit festgelegt?**

Rudolf Thienel: Ja, im Ministerratsvortrag vom 20. Mai 2014. Erstens galt es, Vorschläge ausfindig zu machen, die Verwaltungsservices vereinfachen und Bürokratie reduzieren. Zweitens haben wir Arbeitsprozesse in der Verwaltung hinsichtlich ihrer Effizienz überprüft. Kosteneinsparungen waren nur ein mittelbares Ziel.

Clemens Jabloner: Die ADK war jedenfalls keine Einsparungskommission.

## **Wenn von Verwaltungsreform gesprochen wird, ist dennoch das Wort „Einsparung“ meist nicht weit. Stört Sie dieser Fokus?**

T.: Das Sparen in der Verwaltung hat natürliche Grenzen. An einem einfachen Beispiel gesprochen: Die billigste Polizei ist die, die es nicht gibt. Dadurch wird der Staat, aber auch die Sicherheit der Bürger nicht gewährleistet können. Das wird wiederum der Allgemeinheit nicht gefallen. Einsparungen im Öffentlichen Dienst ha-

ben also ihre natürlichen Grenzen. Und das große Rad, an dem man drehen kann, um Milliardenbeträge von heute auf morgen freizustellen, gibt es nicht.

J.: Jeder Bürger möchte von der Verwaltung optimal versorgt werden. Und jeder möchte auch, dass an anderen Stellen, die er für weniger wichtig hält, gespart wird. Das ist ein allgemein verständlicher psychologischer Effekt – und gleichzeitig ein großes Dilemma der Politik.

## **Ein weiteres Klischee, das sich rund um die Verwaltungsreform rankt, ist ein Vergleich mit einem Paukenschlag, der das gesamte System verändert.**

T.: Diese Vorstellung klingt gut, weil sie die Komplexität des Systems vereinfacht. Die Realität sieht anders aus. Hinter jeder Vorschrift, hinter jedem Gesetz stecken Interessengruppen. In dem Moment, wo man ein Gesetz verändern oder gar abschaffen möchte, wird es gewisse Gruppen geben, die vehement dagegen auftreten.

J.: Große Veränderungen brauchen außerdem die Bereitschaft, unpopuläre Dinge zu tun. Geht ein Politiker Reformen an, muss er sich langen Diskussionen und Grabenkämpfen aussetzen. Und er geht das Risiko ein, dass die Früchte der ganzen Mühen erst sein politischer Nachfolger ernten wird. In der Steiermark hat die Landesregierung in der vorigen Amtsperiode diesen Mut aufgebracht. Es kann natürlich sein, dass wir in schwere wirtschaftliche Zeiten kommen und der Druck größer wird, Verwaltungsstrukturen stark zu vereinfachen. Vor allem der Druck auf die föderalen Strukturen wird steigen. Kärnten ist ein Vorbote davon, hier muss man bereits schmerzhaft Reformen durchführen.

### Die einjährige Arbeit der ADK ist beendet. Welches Fazit ziehen Sie?

J.: In unserem Abschlussbericht sind 245 Vorschläge zu finden. Diese Vorschläge sind nicht neu, sondern wir haben bei bestehenden Ideen vom Rechnungshof über die Ministerien und Landesamtsdirektionen bis hin zur Wirtschaftskammer überprüft, ob sie eine realistische Chance auf Umsetzung haben. Wir haben etwa solche Ideen außen vor gelassen, von denen wir wissen, dass für sie kein politischer Konsens besteht.

T.: Klar hat sich gezeigt, dass es Überregulierungen mit hohem Verwaltungsaufwand gibt. Dabei schießen die Gesetze über das Ziel hinaus. Die Berichtspflicht im Bundeshaushaltsgesetz erfordert zum Beispiel 90 Vollbeschäftigungsäquivalente. 90 Personen in der Bundesverwaltung sind also ausschließlich mit dem Verfassen dieser Berichte beschäftigt. Ist das wirklich zweckmäßig? Laut Medientransparenzgesetz müssen außerdem öffentliche Stellen der KommAustria mitteilen, wie hoch ihre Inseratenaufträge sind. Und zwar vierteljährlich. Auch Leermeldungen müssen geliefert werden. Selbst wenn man den Transparenzgedanken hochhält, würde es nicht auch genügen, Leermeldungen einmal im Jahr abzugeben?

### Stichwort Ausgliederungsreform. Welche Ausgliederungen funktionieren, in welchen Bereichen hat sich dieses Konzept weniger bewährt?

J.: Sie sind bei Einrichtungen sinnvoll, die schon lange eigenständig agieren. Darunter fallen die Bundesmuseen. Oder bei übergreifenden Aufgaben, zum Beispiel die Bundesimmobiliengesellschaft oder das Bundesrechenzentrum. Skeptisch bin ich dann, wenn es um Kernaufgaben eines Ressorts geht. Die jüngere Vergangenheit zeigt, dass sich etwa das Bildungsforschungsinstitut nicht durchwegs bewährt hat. Die Vorbereitung der Zentralmatura ist eben eine zentrale Aufgabe des Bildungsministeriums und lässt sich nicht so einfach an eine externe Einrichtung delegieren.

T.: Wichtig wäre außerdem, einen einheitlichen Rechtsrahmen für ausgegliederte Unternehmen zu schaffen. Momentan ist hier ein gewisser Wildwuchs festzustellen, von der AG über Anstalten öffentlichen Rechts bis hin zur GmbH existieren viele Formen. Das macht die Ausgliederungslandschaft unübersichtlich.

### Zur Finanzierung der Steuerreform will die Bundesregierung 1,1 Milliarden Euro über Verwaltungsreformprojekte und das Streichen von Förderungen lukrieren. Ist dieses Ziel realistisch?

T.: Ich halte diesen Betrag für ambitioniert, aber nicht für völlig unrealistisch. Österreichs Staatsausgaben für den Öffentlichen Dienst betragen 44 Milliarden Euro im Jahr. Eine Aufgabenreform, die nur ein Prozent einspart, brächte schon 440 Millionen.

### Für wie realistisch halten Sie eine tatsächliche Umsetzung Ihrer Vorschläge?

J.: Wenn unser beträchtlicher Aufwand dazu führt, dass eine erkleckliche Anzahl rasch umgesetzt wird, dann war unsere Arbeit ein Erfolg. Passiert dies nicht, wird die Bundesregierung in Erklärungsnotstand geraten. Wovon ich warnen möchte: Eine weitere Kommission zur Überprüfung der Kommissionsarbeit einzurichten. Dann drehen wir uns im Kreis.



» Das große Rad, an dem man drehen kann, um Milliardenbeträge von heute auf morgen freizustellen, gibt es nicht.

Rudolf Thienel,  
ADK-Vorsitzender

## HINTERGRUND

### Aufgaben und Ergebnisse der ADK im Überblick

Der Arbeitsauftrag der Bundesregierung an die 14-köpfige Aufgabenreform- und Deregulierungskommission (ADK) lautete, bestehende Reformvorschläge diverser Institutionen auf ihre – praktische und politische – Umsetzbarkeit zu überprüfen. Ergebnis sind fünf Tätigkeitsberichte und ein gesondertes Papier mit Empfehlungen zum Förderungswesen. Vier Untergruppen (Bürokratieabbau, Aufgabenreform, Wirtschaft und Förderungen) unterstützten die Kommission. Insgesamt wurden rund 2.800 Vorschläge geprüft. Die Kommission tagte siebenmal. Die Übermittlung des Endberichtes an die Bundesregierung erfolgte Ende Juni. Alle Kommissionsmitglieder arbeiteten ehrenamtlich. Das ADK-Büro wurde von Anita Otonicar (BMI), Elisabeth Binder (BKA), Gundula Siedler (BMF) und Lisa Frank (BKA) betreut.

Alle Berichte und Reformvorschläge finden sich unter: [www.aufgabenreform.at](http://www.aufgabenreform.at)



» Der Druck auf die föderalen Strukturen wird steigen. Kärnten ist ein Vorbote davon, hier muss man bereits schmerzhaft Reformen durchführen.

Clemens Jabloner,  
ADK-Vorsitzender

# Wer verdient was?

**VERWALTUNG INTERN** Infolge der Steuerreform sind auch weitere Einsparungen bei Beamtengehältern im Gespräch. Aber verdienen Österreichs Staatsdiener wirklich so gut? REPUBLIK hat die Zahlen.

Text Gudrun Haigermoser



Richter und Staatsanwälte – im Bild eine Innenaufnahme des Wiener Justizpalastes – verdienen mit einem Jahreseinkommen von durchschnittlich 73.500 Euro unter Österreichs Beamten am besten.



HBF

» Bei einer Verwaltungsreform kann nicht nur die Reduktion der Personalkosten im Zentrum stehen.

Angelika Flatz, BKA

**W**ird das Geld im Land knapp, lässt der Ruf nach Einsparungen bei den öffentlichen Bediensteten nicht lange auf sich warten. So ist auch in der aktuellen Debatte um die Steuerreform der Posten Personal wieder im Gespräch.

## Maßnahmen mit Augenmaß

Im Jahr 2013 betrug die Ausgaben des Gesamtstaates laut Staatsschuldenausschuss 160,5 Milliarden Euro. 44 Mrd. davon entfielen auf den Öffentlichen Dienst. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte für die insgesamt 456.600 Bediensteten macht 29,3 Milliarden bzw. 18,3 Prozent aus. Davon entfielen 14,1 Milliarden auf den Bund, 7,3 auf die Länder, 5,8 auf die Gemeinden und zwei Milliarden Euro auf die Sozialversicherungsträger. Zwar ein großer Brocken, dennoch

sei man aufgrund laufender Personalreduktionen mit den Ressourcen schon am Limit, heißt es vonseiten des Bundeskanzleramtes (BKA). So gab es im Vergleich 1999 zu 2013 um rund 36.600 Bundesbedienstete oder fast 22 Prozent weniger.

Trotzdem wird der Öffentliche Dienst weiterhin seinen Beitrag zu den Budgetzielen leisten müssen. „Konkretes steht noch nicht fest, die Verhandlungen mit den Sozialpartnern sind in Vorbereitung“, sagt Angelika Flatz, Leiterin der Sektion III / Öffentlicher Dienst und Verwaltungsinnovation im BKA. Die Sektionschefin erwartet sich „Maßnahmen mit Augenmaß“. Monika Gabriel, stellvertretende Vorsitzende und Bereichsleiterin Frauen in der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD) lehnt Gehaltseinbußen oder eine Nulllohnrunde wie zuletzt 2013 klar ab: „Das würde die Steuerreform ad absurdum führen.“

### Hohes Alter, hohes Einkommen

Ob Einschnitte kommen oder nicht: Sind Beamte und Vertragsbedienstete wirklich die Gagenkaiser, denen Kürzungen nicht wehtun? Zumindest auf den ersten Blick scheint es so. Laut Statistik Austria sind Staatsdiener die Meistverdiener im Land: Ihr durchschnittliches Jahreseinkommen betrug 2013 rund 53.500 Euro, gefolgt von Privatangestellten mit 44.500 Euro und Vertragsbediensteten im Öffentlichen Dienst mit 38.000 Euro, jeweils brutto auf Basis einer ganzjährigen Vollbeschäftigung. Diese Zahlen sind allerdings zu hinterfragen, sagt Heidrun Strohmeyer, Bereichsleiterin in BMBF und Präsidentin des Führungsforums Innovative Verwaltung (FIV): „Das hohe Durchschnittsgehalt der Beamten liegt am hohen Akademikeranteil von rund einem Drittel und einem Altersschnitt von knapp unter 50 Jahren.“

Die höchsten mittleren Brutto-Jahres-Einkommen im Bundesdienst hatten 2013 die Richter und Staatsanwälte mit 73.548 Euro, gefolgt von den Lehrern mit 50.100 Euro. Auch hier sind die akademische Bildung und das höchste Durchschnittsalter im Bundesdienst (Lehrer: 46,7 Jahre, Richter und Staatsanwälte: 44,7 Jahre) die wesentlichen Gründe. Bei der Exekutive liegt der mittlere Verdienst bei 46.930 Euro, im militärischen Dienst bei 39.503 Euro und im Verwaltungsdienst bei 34.589 Euro.

Mit Gehältern von Vorständen und Geschäftsführern ausgegliederter Unternehmen, die sich an den Standards der Privatwirtschaft orientieren, können die öffentlichen Bediensteten in der Regel nicht mithalten. Bei staatsnahen Betrieben lag der mittlere Wert laut Rechnungshof bei 181.300 Euro brutto pro Jahr (2012). Ganz vorne liegen die drei Vorstände der ÖBB-Holding, die 2014 an fixen Bezügen jeweils 839.000 Euro brutto pro Jahr (ohne Erfolgsprämien) verdienen. Zum Vergleich: Die beiden Asfinag-Vorstände erhielten deutlich weniger. Ende 2014 hatten Alois Schedl und Klaus Schierhackl je 264.000 Euro brutto, inkl. variabler Bezüge 321.900 Euro mehr am Konto.

### Funktion, Ausbildung, Alter

Wie viel die einzelne Führungskraft wirklich verdient, kann stark variieren. Es kommt auf die Funktion, die Ausbildung, das Dienstalter und die Größe der zu leitenden Einheit an. Ein Sektionschef verdient beispielsweise zwischen acht bis zehntausend Euro brutto pro Monat, Abteilungsleiter in Ministerien steigen mit 3.200 Euro

ein. Ein Schuldirektor erhält eine Leiterzulage abhängig vom Schultyp, der Größe der Schule und dem Dienstalter von 52,3 bis 868,6 Euro monatlich zusätzlich zum jeweiligen Grundgehalt als Lehrkraft.

Unterschiede gibt es ebenso in Sachen Dienstgeber. Für Bundes- und Landeslehrer gibt es ein neues Dienstrecht, das ab 2016 Differenzen beim Einstiegsgehalt weitgehend beseitigt.

Bei den Kindergartenpädagoginnen – die zum Großteil beim Land oder den Gemeinden angestellt sind – sind die Unterschiede noch groß und keine Vereinheitlichung in Sicht. Anfänger verdienen laut Berufsverband der Kindergarten- und Hortpädagoginnen im Burgenland 1.735 Euro brutto pro Monat, in der Steiermark sind es 1.900, in Wien 2.055 Euro. Die höchste Gage zahlt das Land Niederösterreich mit 2.186 Euro.

### Gender Pay Gap

Geht es um den prozentuellen Unterschied zwischen Frauen- und Männergehältern, den sogenannten Gender Pay Gap, wird der Öffentliche Dienst gerne als Vorbild genannt. „Im Bundes- und Landesdienst ist die Gleichstellung gesetzlich geregelt“, erklärt Monika Gabriel von der GÖD. Dass die Einkommen von Frauen im Bundesdienst dennoch laut Einkommensbericht des Bundes im Jahr 2013 um 12,8 Prozent geringer als jene der Männer sind, liegt vor allem am Alter. Gabriel: „Eine deutliche Reduzierung wird dann eintreten, wenn sich die Altersstrukturen weiter annähern.“

### WISSEN

#### Österreichs Beamtenschaft

Österreich hat mit 10,7 Prozent Beschäftigten im Öffentlichen Dienst im internationalen Vergleich keinen besonders hohen Anteil. Der OECD-Schnitt liegt bei 15,5 Prozent. Den höchsten Anteil haben Norwegen und Dänemark mit etwa 30 Prozent. In Deutschland sind es elf Prozent, in der Schweiz knapp unter zehn. Gemäß dem internationalen Trend wurde auch in Österreich der Personalstand des Bundes deutlich reduziert. Im Vergleich zu 1999 gab es 2013 um rund 36.600 Bedienstete – das sind fast 22 Prozent – weniger. Für diese Reduktion sind Ausgliederungen (minus 14 Prozent) und Einsparungen im Bund (minus 7,7 Prozent) verantwortlich.



» *Lineare Ausgabenkürzungen sind weder nachhaltig noch effizient.*

Heidrun Strohmeyer, FIV



» *Eine Nulllohnrunde würde die Steuerreform ad absurdum führen.*

Monika Gabriel, GÖD

# FORUM 4 EXCELLENCE Innovationen als Heimspiel

**GESUNDHEIT** Ob es um die Lebenserwartung, die großen Zivilisationskrankheiten oder geriatrische Herausforderungen geht: Ohne Innovationen sehen Industrienationen und Sozialstaaten arm aus. Wie aber sieht der ideale Nährboden dafür in Österreich aus?

Interview **Andrea Krieger**  
Fotos **Simon Jappel**



An dieser F4E-Diskussion nahmen (v. l. n. r.) MedUni Wien-Vizerektor Markus Müller, Pharmig-Generalsekretär Jan Oliver Huber und HVB-Generaldirektor Josef Probst teil. REPUBLIK-Redakteurin Andrea Krieger stellte die Fragen.

## Was bedeutet Innovation eigentlich?

**Markus Müller:** Was eine Innovation ist, wird vom Markt beantwortet. Innovation stillt ein bislang ungestilltes Bedürfnis des Menschen. Also etwa ein Arzneimittel für eine Krankheit, für die es zuvor gar keine oder keine optimale Therapie gab. Den Wert einer Innovation bestimmt, was der Markt dafür bereit zu zahlen ist. Innovation bedeutet also – anders als Wissenschaft – nicht unbedingt einen großen Erkenntnisgewinn.

## Wie beurteilen Sie die medizinische Innovationsfreudigkeit in Österreich?

**Müller:** Österreich ist leider kein Innovationstreiber, sondern ein Innovation Follower. Aus dem zuletzt veröffentlichten Eurobarometer geht hervor, dass die Bevölkerung den Wert von Forschung und Innovation für verschiedene Bereiche, darunter Alterung, Arbeitsplatzsicherheit und Gesundheit, geringer als der EU-Schnitt einschätzt. Auf den Universitäten versuchen wir

zwar, die Meinungsbildner vom Potenzial des Landes zu überzeugen. Aber generell ist die Haltung gegenüber Neuem konservativ. Was mit „Atom“ oder „Gen“ anfängt, gilt in Österreich als suspekt. Das Paradoxe: Die Österreicher sind für innovative Produkte, aber gegen deren Entwicklung im Lande, zum Beispiel wenn dafür Untersuchungen an Tieren oder Menschen nötig sind.

**Jan Oliver Huber:** Eine bedauerliche Trittbrettmoralität. Dabei haben wir so talentierte Köpfe.

## Neben Produktinnovationen wie neuen Medikamenten gibt es noch die weniger bekannten Prozess- und Organisationsinnovationen. Wie sieht der richtige Mix aus?

**Josef Probst:** Das ist das zentrale Thema. Bei neuen Arzneimitteln sind wir ganz vorne dabei. Wir mühen uns aber ab, bei der Reform des Gesamtsystems innovativ zu sein. Dabei haben wir im Gesundheitswesen Organisations- und Ma-

nagementprobleme sowie Prozessmängel. Es stehen etwa die modernsten Herzschwäche-Therapien zur Verfügung, die Hälfte der Patienten wird aber nicht nach dem heutigen Standard behandelt. Relevant ist jedoch, ob die Bevölkerung durch Innovationen gesünder wird.

### Was soll also getan werden, um Innovationen breiter einsetzen zu können?

**Probst:** Wir brauchen mehr Patientenorientierung. Das ist auch die große Ansage bei der Gesundheitsreform. Dadurch steigt das Vertrauen in die Behandlung, und die Menschen rennen nicht mehr von Arzt zu Arzt. Die geplanten Primärversorgungszentren müssen ganztags offen haben. Facharztzentren sollen für eine Betreuung des Patienten in allen Fächern sorgen. Der Patient soll nicht mehr durch das System kurven müssen, sondern die Betreuung soll sich ganzheitlich um den Patienten drehen.

**Huber:** Dass so viele Herzschwäche-Patienten nicht gehörig behandelt werden, ist erschreckend. Aber wir haben dennoch ein System, das gut funktioniert. Ich halte die Primärversorgung für einen richtigen Schritt. Die Vorteile müssen aber auch ausreichend gut kommuniziert werden, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen. Leider haben die Politiker nicht zugesagt, dass man dafür noch zusätzliches Geld braucht.

### Arzneimittelinnovationen sind sehr teuer, der Hauptverband muss aber sparen. Wie geht sich das mittelfristig aus?

**Probst:** Wir erwarten eine Einnahmensteigerung um die drei Prozent und Steigerungen bei den Medikamentenkosten von jährlich sechs Prozent. Das kann sich nicht ausgehen. Teuer sind speziell Innovationen bei Hepatitis C und Krebs. Ich sage klipp und klar: Die verlangten Preise sind unfair und bringen den Sozialstaat in Gefahr. Übrigens ein Thema, das nicht nur Österreich betrifft. Der Patentschutz soll Innovationen fördern. Wer investiert, möchte das Geld ja wieder hineinbekommen. Wenn sich aber die Entwicklungskosten binnen eines Jahres bereits amortisieren, wie bei einem neuen Hepatitis-C-Präparat eines US-Pharmakonzerns, stelle ich den Patentschutz infrage. Wir müssen gemeinsam mit anderen Ländern überlegen, wie wir mit diesem Thema umgehen. Zu klären ist: Wo zahlen die Weltkonzerne Steuern? Ist die Preisbildung in Monopolsituationen fair, zumal die Bezahlung aus öffentlichen Mitteln erfolgt?

**Huber:** Vorweg: Wir haben in Österreich eine sehr gute Versorgung mit innovativen Medikamenten. Speziell bei einigen Krebsarten sind wir top in Europa. Das war nicht immer so. Das besagte Hepatitis-C-Mittel hat einen hohen Heilungsgrad und macht teure Lebertransplantationen unnötig. Trotzdem ist der Preis ein Ausreißer. Die Kosten

» Während Forschungsinvestitionen europaweit rückläufig sind, boomt Asien. Singapur, Südkorea und China rekrutieren systematisch potenzielle Nobelpreiskandidaten.

Markus Müller, MedUni Wien



#### Markus Müller

ist Universitätsprofessor, Facharzt für Innere Medizin und Vizerektor für Forschung. Ab Oktober 2015 übernimmt er das Amt des Rektors der Medizinischen Universität Wien. Seit 2003 leitet er zudem die Universitätsklinik für Klinische Pharmakologie am AKH Wien.



#### Jan Oliver Huber

fungiert seit 2004 als Generalsekretär der Pharmig. Die Interessenvertretung der Pharmazeutischen Wirtschaft ist für 120 Pharmaunternehmen und 18.000 Beschäftigte in Österreich zuständig. Daneben ist der Jurist Mitglied diverser Gremien in nationalen und internationalen Organisationen.



#### Josef Probst

ist Generaldirektor des Hauptverbandes der Österreichischen Sozialversicherungsträger (HVB) und unter anderem für Gesundheitsreform und Innovation verantwortlich. Probst hat Rechtswissenschaften studiert und kam 1991 von der Oberösterreichischen Gebietskrankenkasse zum HVB.

»

» Wesentlich ist eine stärkere Vernetzung der Universitäten, der angewandten und der Grundlagenforschung. Eine starke Grundlagenforschung zieht die Industrie an.

Jan Oliver Huber, Parmig

» *Es ist ein Witz, wenn wir im ärztereichsten Land der Welt über Ärztemangel diskutieren. In Wahrheit geht es darum, ärztliche Tätigkeiten verstärkt anderen Gesundheitsberufen zu überlassen.*

Josef Probst, HVB

von ursprünglich 50.000 pro Jahr sind bereits gesunken, weil ein weiteres neues Arzneimittel auf den Markt gekommen ist. Prinzipiell gilt: Nicht jedes Medikament schafft es bis zur Marktreife. Das bedeutet massive Rückschläge auch hinsichtlich der bereits investierten Entwicklungskosten – und dabei geht es oft um mehrere 100 Mio. Euro. Das schlägt sich natürlich auf die Preise jener Mittel nieder, die auf den Markt kommen.

#### **Was wäre für den Hauptverband eine faire Preisbildung?**

**Probst:** Pharmafirmen sollen ihre Produktions- und Marketingkosten offenlegen. Ich habe kein Problem damit, wenn sie in fünf Jahren das investierte Kapital plus angemessene Gewinne, etwa fünf bis sieben Prozent, über den Markt wieder einnehmen. Aber nicht in einem Jahr die ganze Summe.

**Huber:** Es ist eine absolute Ausnahme, dass die investierten Entwicklungskosten im ersten Jahr zurückverdient werden. Bei den modernsten Krebstherapien gibt es viele Player, die senken die Preise. Sie mögen trotzdem teuer sein, sind aber auch sehr effektiv.

#### **Werden die Gesundheitsausgaben richtig verteilt?**

**Probst:** Ein klares Nein! Hier braucht es dringend eine Reallokation. Österreicher liegen 50 Prozent häufiger im Spital als der europäische Durchschnitt. Wir müssen Krankenhausbetten abbauen, Primärversorgungseinrichtungen und Facharztzentren aufbauen. Wichtig wäre auch eine österreichweite Planung von Personalressourcen. Es ist ein Witz, wenn wir im ärztereichsten Land der Welt über Ärztemangel diskutieren. In Wahrheit geht es darum, ärztliche Tätigkeiten verstärkt anderen Gesundheitsberufen zu überlassen und die Primärversorgung auszubauen.

#### **Herr Müller, sind wir in der medizinischen Forschung gut aufgestellt?**

**Müller:** Laut einer Reuters-Analyse lag unser Forschungsausgangspunkt in der Medizin bis 1990 bei etwa 40 Prozent unter dem Weltschnitt, 15 Jahre später schließlich 30 darüber. Zwischen 1990 und 2008 war die medizinische Forschung in Österreich sogar der Wissenschaftszweig, der weltweit am stärksten gewachsen ist. Seit der Wirtschaftskrise fallen wir allerdings in mehreren Indikatoren zurück. Derzeit ist ein Trend zur Emigration der forschenden Pharmaindustrie aus Europa zu beobachten. Damit geht auch die Wertschöpfung im Inland verloren. Während die Forschungsinvestitionen in Österreich und europaweit rückläufig sind, boomt Asien. Singapur, Südkorea und zunehmend auch China rekrutieren

systematisch potenzielle Nobelpreiskandidaten. Bei der klinischen Forschung hatte Österreich einen Standortvorteil, den es nun aufgrund der Gesetzeslage nicht mehr gibt. Das IMBA ausgenommen, findet systematische Stammzellforschung, teilweise aus ethischen Gründen, kaum statt. Ähnliches gilt für den Bereich der personalisierten Medizin. Hinzu kommen strukturelle Defizite, wie der lange bestehende freie Zugang zum Medizinstudium. Derzeit möchte die Hälfte der Medizinabsolventen das Land verlassen. Das liegt auch am international nicht mehr wettbewerbsfähigen Verdienst. Man hat zwar hier gerade nachgebessert. Aber vieles passiert zu spät und unzureichend.

**Probst:** Ich sehe Chancen im E-Health-Bereich, wo wir schon internationale Preise eingeholt haben.

**Huber:** Mir fehlt eine Strategie im Wissenschaftsbereich. Wir müssen uns auf unsere Stärken besinnen und diese fördern. In Asien wird hier viel investiert, die Infrastruktur und die Möglichkeiten auch im Spitalsbereich sind gut. Klinische Studien der Phase 1 (Anm. der Red.: erste Anwendung eines neuen Wirkstoffs bei einer kleinen Probandengruppe) werden bewusst forciert. Neben den Spitälern gibt es eigene, darauf spezialisierte Einrichtungen, die weltweit mit großen Unternehmen kooperieren. In Österreich benötigen wir so etwas auch. Wir haben hier einen Nachholbedarf, denn der Standortvorteil der raschen Begutachtung ist ja aufgrund der EU-Harmonisierung weg.

#### **Wie könnte man gegensteuern?**

**Huber:** Wesentlich ist eine stärkere Vernetzung der Universitäten, der angewandten und der Grundlagenforschung. Eine starke Grundlagenforschung zieht die Industrie an.

**Probst:** Österreich braucht mehr gesundheitsökonomisches und Public-Health-Wissen, d. h. Forschung und Lehre, in diesen Bereichen. Sonst sehe ich die Chancen von Reformen beeinträchtigt. Derzeit gibt es an keiner einzigen öffentlichen Universität in Österreich ein voll ausgestattetes Institut für Gesundheitsökonomie.

**Müller:** Eine wissenschaftliche Betrachtung des Gesundheitssystems ist essenziell. Deshalb haben wir an der MedUni Wien einen eigenen Lehrstuhl für Gesundheitsökonomie eingerichtet.

**Probst:** Derartige Aktivitäten wären – in umfassender Form mehr als in Wien – auch an den medizinischen Universitäten in Graz und in Innsbruck wichtig. Die erste größere aufgesetzte Gesundheitsökonomie ist eine Public Private Partnership mit der WU Wien, die der Hauptverband mitfinanziert. Und das ist eigentlich nicht unsere Aufgabe.

#### **MEDIENKOOPERATION**

Die REPUBLIK-Diskussionsreihe Forum 4 Excellence bringt Experten aus dem öffentlichen Sektor und der Privatwirtschaft an einen Tisch, um gesellschaftspolitisch relevante Themen zu erörtern. Medienkooperation bedeutet, dass die Pharmig in das Themensetting eingebunden ist. Die Umsetzung liegt jedoch im alleinigen Verantwortungsbereich der REPUBLIK-Redaktion.

# Spitzenmedizin braucht Spitzenforschung

## GESUNDHEIT

Wolfram Schmidt, Geschäftsführer Roche Austria, spricht im Interview über Translational Research und die umtriebige junge Forscherszene.

### Wie beurteilen Sie Österreich als Standort für medizinische Forschung?

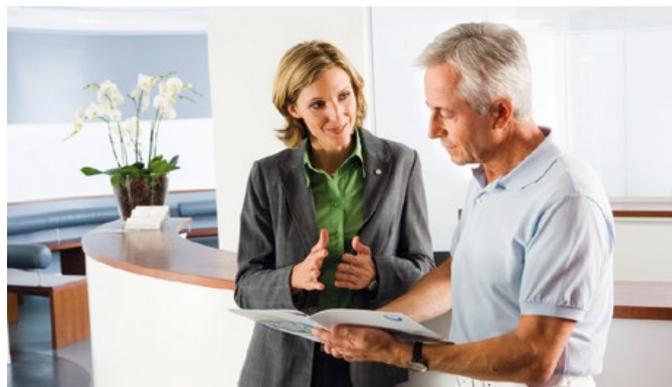
Bei der Entwicklung innovativer Therapien im Bereich der Onkologie gehört Österreich zu den führenden Ländern in Europa. Für Roche als weltweite Nummer eins bei Krebsmedikamenten ist Österreich somit ein wichtiger Standort. Deshalb investieren wir hierzulande acht Millionen Euro jährlich in Forschung und Entwicklung, davon fließen fünf Millionen in die klinische Forschung. Derzeit sind wir an fast 70 Forschungsprojekten beteiligt, an denen rund 2.400 Patienten teilnehmen.

### Was muss getan werden, damit der Forschungsstandort ausgebaut werden kann?

Damit Österreich bei der Spitzenforschung am Ball bleibt, braucht es ein Commitment von allen Playern. Es gibt Bemühungen, Translational Research in Österreich zu stärken. Initiativen wie der internationale „Best of Biotech“-Award sind ebenfalls wichtig, um Forschungsleistungen sichtbar zu machen. Solche Projekte unterstützen wir gerne, denn sie sind der Nährboden für eine zukunftsfähige Entwicklung. Die junge Forscherszene ist in Österreich sehr umtriebig. Wichtig ist es, für den Wissenschaftlernachwuchs gute Rahmenbedingungen zu schaffen und bei der Umsetzung zu helfen.

## WERBUNG

## Engagiert in der Forschung. Im Einsatz für den Patienten.



Daiichi Sankyo Austria GmbH ist die österreichische Niederlassung des globalen Pharmakonzerns Daiichi Sankyo, dessen Aktivitäten sich vorwiegend auf den Bereich Forschung und den Vertrieb innovativer Medikamente konzentriert. Der Konzern selbst ist 2005 aus der Fusion der japanischen Traditionsunternehmen Daiichi und Sankyo, welche über eine reiche Geschichte von mehr als 100 Jahren verfügen, entstanden und zählt mit mehr als 30.000 Mitarbeitern zu den 20 größten Pharmakonzernen der Welt. Der Hauptsitz des Konzerns befindet sich in Tokio, die Europazentrale in München.

In Europa reichen die Wurzeln des Unternehmens zurück in die 1980er-Jahre, als Daiichi und Sankyo ihre Niederlassungen in Düsseldorf, Deutschland, eröffneten. Inzwischen ist Daiichi Sankyo neben Österreich in elf Ländern Europas präsent und mit über 2.000 Mitarbeitern eines der größten japanischen Pharmaunternehmen in Europa. Mit einem Nettoumsatz von 590 Millionen Euro im Geschäftsjahr 2013 ist Europa gleich nach

Japan und den USA der drittgrößte Markt für die Daiichi Sankyo Gruppe.

Die MitarbeiterInnen von Daiichi Sankyo sehen es als ihre Aufgabe, einen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität zu leisten. Dazu geht das Unternehmen bei der Entwicklung und Bereitstellung innovativer Pharmazeutika auf die verschiedensten medizinischen Bedürfnisse nachhaltig ein. Die Vision von Daiichi Sankyo ist es, den Status eines „Global Pharma Innovators“ zu erlangen. Dieses Ziel soll durch sozialen, wirtschaftlichen und humanitären Einsatz erreicht werden.

### Produkte und Dienstleistungen

Daiichi Sankyo hat sich zum Ziel gesetzt, den Patienten neue Arzneimittel zur Therapie und Prävention verschiedenster Krankheiten zur Verfügung zu stellen. Deshalb konzentrieren sich die Forscher von Daiichi Sankyo auf die Entwicklung innovativer Arzneimittel, die zu den besten ihrer Klasse gehören oder eine vollständig neue Wirkstoffklasse begründen.

Das Unternehmen hält nicht nur sein Portfolio an bereits auf dem Markt befindlichen Pharmazeutika zur Behandlung von Hypertonie, Hyperlipidämie und bakteriellen Infektionen kontinuierlich aufrecht, sondern arbeitet zudem auch an Behandlungsoptionen für Patienten mit Gefäßerkrankungen und beschäftigt sich intensiv mit der Erforschung neuer Krebs-, Herz-Kreislauf- und Stoffwechselftherapien.



Daiichi-Sankyo

Daiichi Sankyo Austria GmbH  
Europlaza, Building J  
Kranichberggasse 2  
1120 Vienna

Tel: +43 1 485 864 20  
Fax: +43 1 485 864 2345  
E-Mail: [info@daiichi-sankyo.at](mailto:info@daiichi-sankyo.at)  
[www.daiichi-sankyo.at](http://www.daiichi-sankyo.at)



In den Katakomben der OESTA das richtige Regal zu finden, ist mitunter kein einfaches Unterfangen.

# Für die Ewigkeit verwahrt

**REPORTAGE** Wenn es so etwas wie das Gegenteil eines papierlosen Büros gibt, dann ist das wohl das Österreichische Staatsarchiv mit seinem gigantischen Datendepot. Ein Lokalausgang.

Text **Andrea Krieger**  
Fotos **Simon Jappel**

## SERIE Spannende Berufe

REPUBLIK widmet den spannendsten Berufen im Öffentlichen Dienst eine eigene Serie. Sie gibt Einblicke in die Arbeitsweisen, Gestaltungsspielräume, Sachzwänge und Herausforderungen eines Jobs im Öffentlichen Dienst.

**F**ragt man Susanne Fröhlich nach einer charakteristischen Handbewegung in ihrem Job, fällt ihr sofort kräftiges Kurbeln ein. Schauplatz dieses „Dreh-Moments“ ist das 18 Grad kühle Depot des Österreichischen Staatsarchivs (OESTA) in Wien-Landstraße. Durch das Kurbeln verschafft sich die Referatsleiterin Zutritt zu den platzsparend untergebrachten Aktenregalen. Fröhlich ist eine von 15 Referenten des Archivs der Republik. Ihre Tätigkeit beschreibt sie als „halb Historikerin, halb Archivarin“. Sagenhafte 200 Laufkilometer Akten, auch „Archivalien“ genannt, lagern im Depot, das sich im vierstöckigen Keller und im inneren Teil der weiteren Etagen des OESTA befindet.

Was hier und in der Dependance am Minoritenplatz gut abgesichert aufbewahrt wird, lässt Geschichtsforschern das Wasser im Munde zu-

sammenlaufen: Das Original der „Goldenen Bulle“, dem wichtigsten Grundgesetz des Heiligen Römischen Reiches, oder der Stundenplan von Kronprinz Rudolf sind nur zwei Beispiele. Ganz allgemein könnte man den Speicher als Gedächtnis der Verwaltung vom Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation über die Habsburgermonarchie bis heute bezeichnen. Das OESTA muss den vorhandenen Bestand verwahren und sichern, aber auch neues Schriftgut, das bei der Erfüllung der Arbeit der Bundesdienststellen anfällt, erfassen und zugänglich machen. „Es geht dabei vor allem um Rechtssicherheit“, betont Fröhlich. Von der Akten-Ablieferungspflicht befreit und zum Betrieb eigener Archive befugt sind die Parlamentsdirektion, der VfGH, der VwGH und der OGH. Selbiges gilt für die Universitäten, das Bundesdenkmalamt, die ÖNB,

die Bundesmuseen, die Österreichische Hofmusikkapelle und das Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen.

### Strenge Kriterien

Alle anderen sorgen dafür, dass jährlich 1,5 Laufkilometer Bundesakten hinzukommen. Für ein Plätzchen im OESTA-Depot müssen Unterlagen allerdings archivreif und -würdig sein, was Fröhlich und ihre Kollegen überprüfen. Die Daten dürfen also im Alltag nicht mehr gebraucht werden und sollen für die Allgemeinheit oder die Forschung von Belang sein. „Nicht jeder Gartenzaunstreit ist für die Nachwelt interessant“, formuliert es Fröhlich pointiert. Prinzipiell seien Archivalien mindestens zehn Jahre alt, im Normalfall aber wesentlich älter. „Personalakten etwa bleiben bis zum Dienstende bei den jeweiligen Stellen“, erklärt Fröhlich, die für den Bestand Justiz, Oberste Behörden und der Präsidentschaftskanzlei zuständig ist. Neben dem Archiv der Republik beherbergt das OESTA noch rein historische Speicher wie das Kriegsarchiv, das Do-

gesamte Archivalien-Bestand des Staatsarchives digitalisiert wird. „Rechtlich ist für Dokumente, die bis 2014 erstellt wurden, die Papierform das Original.“ Eine zusätzliche Digitalisierung wäre zwar benutzerfreundlicher, dafür fehlen aber die Ressourcen. „Außerdem gibt es Bestände, die so gut wie nie beforscht werden. Und forschungsintensivere Bereiche werden ohnehin sukzessive digitalisiert“, sagt Fröhlich.

### Hobby-Ahnenforscher

In ihrem Büro bearbeitet sie jetzt immer öfter Anfragen in Sachen Familienforschung. Ein klassischer Fall: Ein Bürger stellt eine schriftliche Anfrage, ob das Staatsarchiv Unterlagen über den Großvater hat. Fröhlich tippt dessen Daten ins Archivinformationssystem und kann sodann Auskunft geben, ob es Einträge gibt und wo sie zu finden sind. 60 bis 80 Personen kommen täglich in den Benutzersaal, um in Akten zu stöbern. Und wer mit dem Computer umgehen kann, findet die Info, ob es sich lohnt vorbeizuschauen, seit 2006 auch allein: Damals hat das OESTA das



» Für Dokumente bis 2014 bleibt die Papierform das Original.

Susanne Fröhlich, OESTA



Linkes Bild: Diese Akten warten auf ihren Einsatz im Benutzersaal. Besucher haben sie, oft aus Interesse an der Familienforschung, ausheben lassen. Rechts: Jedes Jahr kommen stolze einhalb Laufkilometer dazu.



kumente bis zum Ende des Ersten Weltkrieges erfasst. Die Habsburgerzeit betreffen das Haus-Hof- und Staatsarchiv bzw. das Allgemeine Verwaltungs-Finanz- und Hofkammerarchiv.

### Sonderfall Elektronischer Akt

Seit 2013 bewertet Fröhlich zusätzlich die Archiwürdigkeit von ELAK-Dokumenten. Diese landen im digitalen Langzeitarchiv, intern als „digLA“ bezeichnet. Dafür steht ein Hochsicherheits-Datenspeicher der Firma Siemens in Wien und ein Backup-Speicher der Republik Österreich in St. Johann im Pongau parat. Elektronische Lagerung brauche zwar „nur“ virtuellen Datenplatz, ist aber laut Fröhlich auf eine andere Art aufwändiger: Man muss die Daten zur Erhaltung der Lesbarkeit regelmäßig migrieren, an den aktuellen IT-Entwicklungsstand anpassen.

Es gibt noch etwas, das Fröhlich immer wieder klarstellen muss: Der 2004 eingeführte ELAK hat nicht dazu geführt, dass nach und nach der

Online-Archivinformationssystem öffentlich zugänglich gemacht.

Personalakten bleiben aus Datenschutzgründen hundert Jahre unter Verschluss. „Wir geben wesentlich weniger heraus, als manche Leute täglich in Facebook veröffentlichen“ sagt Fröhlich. Regelmäßig ist sie auch für die „Amtshilfe“ zuständig. Etwa, wenn ein Ministerium wegen einer parlamentarischen Anfrage bereits archivierte Schriftgut braucht. Rechercheaufträge von Forschern halten sie ebenfalls auf Trab. In diesem Fall werden aus den Akten die relevanten Daten ausgewertet und übermittelt.

Solche Rechercheaufträge bringen Geld in die Kassa. Ebenso die Benutzergebühren und die Einnahmen für Veröffentlichungen. Auf diese Art erwirtschaftete das OESTA 2014 rund 293.000 Euro. Von der Öffentlichen Hand gab es für das Staatsarchiv 2014 über 14 Millionen Euro. Der größte Brocken davon geht an die 108 Mitarbeiter, gefolgt von den Mieten für die BIG.

### HINTERGRUND

## Österreichisches Staatsarchiv (OESTA)

**Allgemeines:** Die Wiener Zentralbehördenarchive wurden nach dem „Anschluss“ erstmals 1940 als „Reichsarchiv Wien“ zentralisiert. 1945 trat das OESTA die Rechtsnachfolge an. Das OESTA ist eine nachgeordnete Dienststelle des BKA.

**Aufgabe:** Sicherung, Aufbewahrung und Erschließung von Archivgut der Bundesdienststellen auf Basis des Österreichischen Bundesarchivgesetzes von 1999.

**Finanzierung:** 14 Mio. Euro vom Bund stehen Einnahmen von 293.000 Euro im Jahr 2014 gegenüber.

**Leitung:** Seit 2012 leitet der Historiker Wolfgang Maderthaner die 108-Mitarbeiter-Organisation.



**13. Völkerrecht und Internationale Beziehungen**  
**Vortrag über die Wandlungen der Grundorientierungen von Harald Kleinschmidt**  
 Verant.: Institut für Neuzeit- und Zeitgeschichtsforschung,  
 Ort: Akademie der Wissenschaften, Theatersaal, Sonnenfelsg. 19, 1010 Wien  
[www.oeaw.ac.at](http://www.oeaw.ac.at)

**9.–12. Internoise 2015**  
**44. International Congress and Exposition on Noise Control Engineering**  
 Verant.: Institute of Noise Control Engineering of the United States of America  
 Ort: Hotel Marriott Marquis, 780 Mission St., San Francisco, CA 94103, USA  
[www.internoise2015.com](http://www.internoise2015.com)

**11.–14. 8. Konferenz der European Association for Southeast Asian Studies (EuroSEAS)**  
**Tagung zum Thema „Hotspot Südostasien“**  
 Verant.: EuroSEAS, Ort: Universität Wien, Universitätsring 1, 1010 Wien  
[www.euroseas.org](http://www.euroseas.org)

**23.–25. Alpbacher Gesundheitsgespräche 2015**  
**Generalthema: „Ungleichheit macht krank – Krankheit macht ungleich“**  
 Verant.: Europäisches Forum Alpbach, Ort: Congress Centrum Alpbach, 6236 Alpbach 246  
[www.alpbach.org](http://www.alpbach.org)

**30.–1. Alpbacher Politische Gespräche 2015**  
**Generalthema: „Ungleichheit“**  
 Verant.: Europäisches Forum Alpbach, Ort: Congress Centrum Alpbach, 6236 Alpbach 246n  
[www.alpbach.org](http://www.alpbach.org)

**31.–2. eEducation Sommertagung 2015**  
**Motto: „Building Bridges, Creating Networks“**  
 Verant.: Europäisches Forum Alpbach, Ort: GRG 21, Schulschiff „Bertha von Suttner“, Donauinselp. 1, 1210 Wien  
[www.eeducation-sommertagung.wien](http://www.eeducation-sommertagung.wien)

**9.–11. 62. Österreichischer Gemeindetag und Kommunalmesse**  
**Thema: „Lebensräume schaffen – Zukunft gestalten“**  
 Verant.: Österr. Gemeindebund, Österr. Kommunalverlag, Ort: Messe Wien, Halle C & D, Messepl. 1, 1021 Wien  
[www.diekommunalmesse.at](http://www.diekommunalmesse.at)

**10.–12. Vienna Health Care Lectures 2015: „Ambulant vor stationär, aber wie?“**  
**Tagung zum Thema „Möglichkeiten und Grenzen ambulanter Gesundheitsversorgung“**  
 Verant.: Hauptverband der Österr. SV-Träger, Inst. für Höhere Studien  
 Ort: WU Executive Academy, Welthandelspl. 1, 1020 Wien  
[www.ihs.ac.at](http://www.ihs.ac.at)

**16.–17. Verwaltungen neu ausrichten: Von der Aufgabenkritik bis zur Stellenbemessung**  
**Seminar zur strategischen Herangehensweise bei grundsätzlichen Veränderungen**  
 Verant.: KDZ – Zentrum für Verwaltungsforschung, Ort: Hotel Corvinus, Bahng. 29–33, 2700 Wiener Neustadt  
[www.kdz.eu](http://www.kdz.eu)

**21. Das Wirkungsbild meiner Organisation. Tragen alle zum Kunstwerk bei?**  
**Workshop zur Wirkungsmessung und zu Wirkungsanalysen**  
 Verant.: NPO & SE Kompetenzzentrum der WU Wien, Ort: Campus WU, Welthandelsplatz 1, 1020 Wien  
[www.wu.ac.at/npocompetence](http://www.wu.ac.at/npocompetence)

**28.–29. 7. Speyerer Europarechtstage**  
**Tagung zu aktuellen Fragen des Europäischen Beihilferechts**  
 Verant.: Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer  
 Ort: Dt. Univ. für Vw.-Wissenschaften Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2, D-67346 Speyer  
[www.uni-speyer.de](http://www.uni-speyer.de)



BKA/Fotoservice

## Bundeskanzleramt

### Kunst und Kultur fusioniert

Name Andrea Ecker Jahrgang 1962

Neue Position Leiterin der neuen Sektion II / Kunst und Kultur des BKA

Bisherige Position Leiterin Sektion Kunst im BKA

Zusatzinfo Mit 1. Mai 2015 wurden die Sektionen Kunst und Kultur zu einer fusioniert. Damit sankt auch die Zahl der Abteilungen auf insgesamt zehn (bisher sieben für Kunst, acht für Kultur).



BMASK

## Ministerium für Soziales, Arbeit und Konsumentenschutz

### Naturwissenschaftlerin an der Spitze der Präsidialsektion

Name Brigitte Zarfl Jahrgang 1962

Neue Position Leiterin der Sektion I (Präsidium / Budget und Personal) des BMASK

Bisherige Position Gruppenleiterin V/A seit 2013, stv. Leiterin der Sektion V seit 2008 Ausbildung Doktor der Naturwissenschaften Zusatzinfo Zarfl folgt auf Andreas Thaller, der als Generalsekretär ins BMBF wechselte.



BMLFUW / A. Haider

## Ministerium für ein Lebenswertes Österreich I

### Jurist leitet den Zentralen Rechtsdienst

Name Franz Jäger Jahrgang 1962

Neue Position Leiter des Zentralen Rechtsdienstes (ZRD) in BMLFUW

Bisherige Positionen Interimistischer Leiter ZRD, Leiter Rechtssektion seit 2010

Hintergrund Zu den Aufgaben des ZRD zählen u. a. die sektionsübergreifende Koordination der Rechtspolitik und Legistik, und das Büro fungiert als Schnittstelle zum Parlament.



BMLFUW / A. Haider

## Ministerium für ein Lebenswertes Österreich II

### Erfahrener Agrarökonom übernimmt Landwirtschaftssektion

Name Rupert Lindner Jahrgang 1954

Neue Position Leiter der Sektion II / Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des BMLFUW

Bisherige Positionen Abteilungsleiter II/5/Agrarpolitik und Datenmanagement sowie stv. Leiter der Sektion II (Nachhaltigkeit und ländlicher Raum) seit 2007; ab 2014 interim. Leiter der Sektion II Zusatzinfo SC Reinhard Mang (geb. 1963) ist neuer Leiter der Präsidialsektion und bleibt gleichzeitig Generalsekretär.



privat

## Ministerium f. Wissenschaft, Forschung u. Wirtschaft

### Freie Sektionsleitung neu besetzt

Name Iris Eliisa Rauskala Jahrgang 1978

Neue Position Leiterin der Sektion VI im BMFW (Verwaltungsbereich Wissenschaft und Forschung)

Bisherige Position Leiterin Fachstelle für Public Finance Management und Dozentin am Institut für Verwaltungsmanagement / Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Hintergrund Nach dem Wechsel von Elisabeth Freismuth als Rektorin an die Kunstuniversität Graz war die Sektionsleitung seit Oktober 2014 unbesetzt.



BMG

## Gesundheitsministerium

### Junge Ärztin leitet Impfabteilung

Name Maria Paulke-Korinek Jahrgang 1980

Neue Position Leiterin der Abteilung III/7 Impfwesen, HIV/AIDS, Tuberkulose im BMG

Bisherige Position Fachärztin am Institut für Spezifische Prophylaxe und Tropenmedizin der Meduni Wien

## DAS GEHEIMNIS MEINES ERFOLGS

# „Ein Unternehmen ist keine Demokratie“

Name Rudolf Freidhager Jahrgang 1957

**Neue Position** Vorstand für Forstwirtschaft und Naturschutz der Österr. Bundesforste AG (ÖBf) und Vorstandssprecher seit 1. April 2015

**Bisherige Positionen** Vorstandsvorsitzender Bayerische Staatsforsten (BaySf/seit 2005), davor ab 1988 bei den ÖBf

**Ausbildung** Studium der Forstwirtschaft an der Boku Wien



Mark Glassner

### Sie waren seit deren Gründung zehn Jahre lang Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Staatsforsten. Was war das Besondere an dieser Aufgabe?

Die bayerische Forstreform war anfangs umstritten, sowohl Mitarbeiter als auch wichtige Medien wie die „Süddeutsche Zeitung“ äußerten sich skeptisch. Und dass gerade ich als Österreicher den Job bekam, rief nicht bei allen Freude hervor. Deshalb hatte ich 2005 keinen einfachen Antritt. Der anfängliche Gegenwind war aber für mich zusätzlicher Ansporn, diesen Betrieb mit einem vierfachen Holzeinschlag gegenüber den ÖBf und einer Fläche von 800.000 Hektar zu übernehmen. Heute steht das Unternehmen sowohl finanziell mit 60 Millionen Euro Gewinnrücklagen und keinen Bankverbindlichkeiten als auch ökologisch exzellent dar.

### Was ist der Unterschied zwischen der Aufgabe in Bayern und der in Österreich?

Die Bayerischen Staatsforsten sind wie ein ruhig dahinfahrender Tanker. In Österreich geht es quirliger zu, die Aufgabe ist vielfältiger, sie bringt neue Spannung in mein Arbeitsleben.

### Welche Eigenschaft zeichnet Sie besonders aus?

Sicher mein Durchhaltevermögen. Um erfolgreich zu sein, braucht es eine dicke Haut, man muss von seinem Weg überzeugt sein. Beginnt man zu wanken, wird das nichts.

### Wie beschreiben Sie Ihren Führungsstil?

Ich bin ein Anhänger eines partizipativen Führungsstils. Ich bin die meine Mitarbeiter in die Entscheidungsfindung ein. Aber ein Unternehmen ist keine Demokratie. Ist eine Entscheidung gefallen, ist diese auch umzusetzen. Bei einem „Geht nicht“ werde ich schnell uncharmant.



privat

## Finanzministerium

### Juristin wird Abteilungsleiterin

Name Erika Reinweber Jahrgang 1956

**Neue Position** Leiterin der Abteilung Verwaltungsmanagement (IV/1) im BMF

**Bisherige Positionen** Gruppenleiterin Großbetriebsprüfung Graz; Leiterin des bundesweiten Fachbereiches Einkommen-/Körperschaftsteuer



Land Salzburg

## Land Salzburg

### Neuer Chef für den Landesrechnungshof

Name Ludwig F. Hillinger Jahrgang 1964

**Neue Position** Direktor des Salzburger Landesrechnungshofes

**Bisherige Position** Head of Risk Management/Banco do Brasil AG, Wien



## In aller Kürze

1. **Ursula Zahalka** (Jg. 1961) war für die Gesamtkoordination der Pädagogenausbildung zuständig und ist jetzt Leiterin der Abteilung Lehrer/-innen-Ausbildung und Pädagogische Hochschulen (I/7) im Bildungsministerium. 2. **Ireen Winter** (Jg. 1974) – bisher interimistisch bestellt – leitet das Büro für operative und strategische Kriminalanalyse im Bundeskriminalamt. 3. **Irene Albert** (Jg. 1961) ist die neue Chefin der für das Rechnungs- und Abgabewesen der Stadt Wien zuständigen MA 6. 4. Geologe **Christoph Urbanek** (Jg. 1976) führt die Abteilung Umwelttechnik des Landes NÖ. 5. Die studierte Landschaftsplanerin **Andrea Moser** (Jg. 1971) ist neue Direktorin des Biosphärenparks Wienerwald.

FOTOS: PRIVAT, BMI, SCHAUB-WALZER/PID, PRIVAT, WILKE



Alexander Wulz

# „Wollte Dirigent, Maler oder Pianist werden“

**KLAUS ALBRECHT SCHRÖDER**, Direktor der Albertina, hat Lust auf ländliche Idylle und bezeichnet sich selbst als „unbelehrbar“.

Interview Stefan Grampelhuber

**STECKBRIEF**

**Klaus Albrecht Schröder**

geboren 1955 in Linz

**1987–1988**

Kabinettschef der Wiener Kulturstadträtin Ursula Pasterk

**1988–2000**

Leitung des BA-CA Kunstforums (gegründet unter dem Namen „Kunstforum Wien“)

**1993**

Dissertation über den österreichischen Maler Richard Gerstl

**1996–1999**

Vorstandsmitglied und kaufmännischer Direktor der Stiftung Leopold

**Seit 1996**

Präsident der Interessengemeinschaft österr. Museen und Ausstellungshäuser

**Seit 1999**

Direktor der Albertina

Klaus Albrecht Schröder ist verheiratet und hat einen Sohn aus einer früheren Beziehung.

**Beschreiben Sie sich mit drei Worten.**

Ernsthaft, wissbegierig, ruhig.

**Wenn Sie eine Zeitreise unternehmen könnten, wohin und in welches Jahr würde diese gehen?**

Entweder nach Florenz um 1500 oder nach London ins Jahr 1870.

**An welches Erlebnis in Ihrer Kindheit erinnern Sie sich noch heute?**

An meinen vierten Geburtstag mit einem Laufmeter Kabernossi als Geschenk.

**Sind Sie heute dort, wo Sie immer hinwollten?**

Nein, ich wollte ursprünglich Dirigent, Maler oder Pianist werden.

**Würden Sie sagen, dass Sie in der Schule etwas für das Leben gelernt haben?**

Nein, ich war unbelehrbar.

**Was ist der größte Irrtum der meisten Österreicher?**

Dass der Staat für alles verantwortlich ist.

**Sind Sie telefonisch immer erreichbar?**

Wirklich immer erreichbar bin ich nur in Notfällen – für meinen Sohn, meine Frau und die Sicherheitszentrale der Albertina.

**Welche persönliche Veränderung haben Sie sich schon lange vorgenommen?**

Schon lange besteht der Wunsch, ein Landhaus zu erwerben – bislang erfolglos.

**Welches Buch liegt derzeit auf Ihrem Nachtkästchen?**

Da liegt mein E-Reader. Ich lese darauf derzeit wieder einmal „Angela’s Ashes“ von Frank McCourt.

**Wenn Ihr Leben verfilmt würde, wie wäre der Titel dieses Films, und wen wünschen Sie sich in der Hauptrolle?**

Der Titel dieses Films wäre wohl „Mein Glück“. Ich würde mich selber spielen.

**Wovor haben Sie mehr Angst: Vor dem Vorgang des Sterbens oder vor der Tatsache, dass Sie danach tot sind? Warum?**

Der Gedanke an den Vorgang des Sterbens macht mich unrund.

**Wie kommen wir der Wahrheit näher: durch Nachdenken oder durch Nachforschen?**

Durch Nachdenken – in Verbindung mit Nachforschen.

**Was nervt Sie am meisten?**

Sinnlose Gespräche.

**Was wollten Sie schon immer einmal ausprobieren, haben sich aber noch nie getraut?**

Das ist ein Gefühl, das ich nicht kenne.

# DER LADEN LÄUFT



Lassen Sie sich von Weltmarktführern  
zu neuen Geschäftsideen inspirieren, damit  
auch Ihr Laden besser läuft!

INSPIRATION  
INNOVATION  
VERNETZUNG  
MOTIVATION

14. und 15. Oktober  
Tagungszentrum Schönbrunn

JETZT Ticket sichern!

[www.vondenBestenlernen.at](http://www.vondenBestenlernen.at)



**WELTMARKTFÜHRER** IN ÖSTERREICH

VON DEN BESTEN LERNEN



Gesundheit – Made in Austria

## Nichts ist so außergewöhnlich wie ein normales Leben

Novartis hat die Vision, möglichst vielen Patienten den Wunsch zu erfüllen, wieder ein normales Leben führen zu können.

Als größter Produzent von Medikamenten in Österreich haben wir das Privileg, auch Produkte made in Austria anbieten zu können. Mit mehr als 4.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sind wir die Nummer 1 in der heimischen Pharma-Branche.

